

Der Zimmerer

Organ des Zentralverbandes der Zimmerer und verwandter Berufsgenossen Deutschlands (Sitz Hamburg)
 Publikationsorgan der Zentral-Kranken- und Sterbekasse der Zimmerer (Ersatzkasse) Hamburg

Erscheint wöchentlich Sonnabends. Monatsbezugspreis 50 § (ohne Bestellgeld). :: Zu beziehen durch alle Postanstalten.

Herausgeber: Zentralverband der Zimmerer und verw. Berufsgen. Deutschlands, Hamburg 1, Besenbinderhof 57, 4. Et.

Anzeigen: Für die dreispaltige Petitzeile oder deren Raum 75 §, für Versammlungsanzeigen 50 § die Zeile.

Verhandlungen über einen neuen Reichstarif für Hoch-, Beton- und Tiefbauarbeiten gescheitert

Der Reichstarif für Hoch-, Beton- und Tiefbauarbeiten ist am 31. März 1931 abgelaufen. Ebenso die bezirklichen Lohn- und Arbeitstarife. Am 5. Februar haben Verhandlungen über einen neuen Reichstarifvertrag ihren Anfang genommen. Schon vorher, am 15. Januar, hatte eine erste Fühlungnahme der Parteien stattgefunden; sie diente dem Zwecke, eine Verständigung über den Beginn wie über die Art der Verhandlungen herbeizuführen. Die kommunistische Presse, die sich in solchen Dingen sehr hellhörig dünkt, hatte davon erfahren, sie machte aus der Vorbereitungsphase eine geheime Verhandlung, über die nach einer zwischen den Parteien getroffenen Abmachung strengstes Stillschweigen bewahrt werden, in der aber bereits ein — selbstverständlich ebenfalls geheimes — Abkommen zwischen den Arbeitgeber- und Gewerkschaftsvertretern über einen Lohnabbau getroffen worden sein sollte. Wenige gutgläubige Leser haben den Schwindel ernstgenommen, sonst ist niemand darauf hereingefallen.

Die Verhandlungen am 5. und 6. Februar fanden im Reichsarbeitsministerium statt. Die Parteien hatten ihre Anträge bereits ein paar Tage vorher ausgetauscht. Die Arbeiterverbände hatten grundsätzlich ihre bereits 1929 gestellten Anträge aufrechterhalten. Für diesmal stellten sie in den Vordergrund die Anträge zur Arbeitszeit, zur Akkordarbeit, zur Ferienfrage usw. Die Forderung zur Arbeitszeit lautete folgendermaßen:

„Die regelmäßige wöchentliche Arbeitszeit beträgt 40 Stunden. In den bezirklichen Lohn- und Arbeitstarifen sind Beginn und Ende der täglichen Arbeitszeit sowie die Pausen festzusetzen und ist darüber eine Tabelle aufzustellen.“

Ueber die Notwendigkeit dieser Forderung hat sich der „Zimmerer“ in jüngster Zeit so ausführlich geäußert, daß wir es uns versagen können, hier nochmals darauf einzugehen. Will man der Arbeitslosigkeit ernsthaft begegnen, zumindest die Zahl der Erwerbslosen verringern, dann muß die Arbeitszeit verkürzt werden. Auch im Baugewerbe. Denn neben den allgemeinen Ursachen, die ein Daniederliegen des Baumarcktes verschulden, ist es nicht zuletzt die Rationalisierung im Baugewerbe, die viele tausende Arbeitskräfte freigesetzt hat. Hier kann nur eine Arbeitszeitverkürzung wirksam helfen, die nicht nur vorübergehend sein darf, sondern für die Dauer eintreten muß.

Ein zweiter Weg zur Verringerung der Erwerbslosen im Baugewerbe ist die Beseitigung der Akkordarbeit. Die Schäden der Akkordarbeit liegen offen zutage. Daß es in einer Zeit so umfangreicher Arbeitslosigkeit noch baugewerbliche Arbeiter gibt, die in Akkord arbeiten, ist ein außerordentlich bedauernder Mangel an Solidarität. Es ist höchste Zeit, daß mit diesem fluchwürdigen System der Ausbeutung endlich Schluß gemacht wird. Die Arbeiterverbände forderten deshalb, daß in den § 5 des Reichstarifvertrages der Satz aufgenommen werde:

„Akkordarbeit ist unzulässig.“

Zur Ferienfrage stellten die Arbeiterverbände die gleiche Forderung wie 1929:

„Jeder unter diesen Reichstarifvertrag fallende Arbeiter hat nach 26wöchiger Beschäftigung im Baugewerbe Anspruch auf Urlaub. Zur Sicherung des Urlaubs wird eine Urlaubskasse gegründet. In diese Kasse hat der Arbeitgeber wöchentlich 2½ % des Bruttolohnes zu zahlen. Für jeden Urlaubstag werden dem Urlaubsberechtigten 8 Stundenlöhne nach dem

Lohnstand beim Antritt des Urlaubs gezahlt. Die näheren Bestimmungen sind zwischen den Vertragsparteien zu vereinbaren.“

Außer vorgenannten Forderungen haben die Arbeiterverbände noch eine Reihe Anträge gestellt zu den verschiedenen Paragraphen des Reichstarifvertrages, die wir hier im einzelnen nicht alle aufzählen wollen.

Von den Forderungen der Arbeitgeber seien hier ebenfalls nur die wichtigsten hervorgehoben. Die Arbeitszeit soll freibleiben; sie soll weder im Reichstarifvertrag noch in den bezirklichen Lohn- und Arbeitstarifen festgelegt werden.

Die Akkordarbeit soll weitere Ausdehnung erfahren durch Aufnahme eines Satzes in § 5: „Akkordarbeit ist zulässig.“

Der Lohn für Vollarbeiter soll erst vom vollendeten 21. Lebensjahre an gezahlt werden anstatt wie bisher vom 19. Lebensjahre.

Der § 6, der die Bestimmungen über die Lehrlinge enthält, soll gestrichen werden. Baudelegierte sollen erst gewählt werden dürfen bei einer Arbeiterzahl von mindestens 6 Personen. Der § 10, der die Ferien regelt, soll gestrichen werden. Der neu abzuschließende Vertrag soll unabhängig von seiner Dauer am 31. Dezember ablaufen.

Diese wenigen Forderungen der Parteien lassen den Gegensatz in voller Schärfe hervortreten; sie zeigen auch zur Genüge, wie schwierig die Verhandlungen sich gestalten.

Einige Verwunderung erregte die Mitteilung der Unternehmer, daß auch der „revolutionäre“ Industrieverband für das Baugewerbe, der sogenannte „Kaiser-Verband“, als Vertragspartei anerkannt und sich an den Verhandlungen über einen neuen Reichstarifvertrag beteiligen wolle. Die „Revolutionäre“ hatten auch Forderungen eingereicht; sie sahen jedoch sehr wenig „revolutionär“ aus. Wir kommen in nächster Zeit auf Einzelheiten dieser Forderungen zurück.

Wir erwähnten schon die Schwierigkeiten der Verhandlungen. Das war nicht anders zu erwarten. Dem Unternehmertum ist der Ramm geschwollen; schon ihre Anträge zum neuen Reichstarifvertrag legen davon Zeugnis ab. Die Unternehmer vertreten die Ansicht, daß jetzt die Zeit gekommen sei, um die Pläne der sozialen Reaktion auch im Baugewerbe zur Durchführung zu bringen. Von der großen Abbauphase sind auch sie erfaßt worden. Die außerordentlich ungünstige Wirtschaftslage muß ausgenutzt werden; das ist scheinbar die Auffassung der Unternehmer. Wenn schon ihre Anträge zum neuen Reichstarifvertrag zeigen, wohin die Reise gehen soll, so wurden ihre Pläne noch deutlicher durch die mündlichen Erklärungen, die im Laufe des ersten Verhandlungstages von ihrer Seite abgegeben wurden. Die Unternehmer legten das Schwergewicht der Verhandlungen auf die beschleunigte Verabschiedung der Lohnfrage. Nach ihren Anträgen sollen gleichzeitig mit den Verhandlungen über den neuen Reichstarifvertrag auch bezirkliche Lohnverhandlungen stattfinden. Die beschleunigte Verabschiedung der Lohnfrage war für die Unternehmer das Primäre. Diese Absicht der Unternehmer war so durchsichtig, daß wir bezweifeln müssen, ob im Unternehmerlager ernsthaft die Absicht besteht, zu einem neuen Reichstarifvertrag zu kommen. Die Unternehmer wollen auf drei Wegen eine Lohnsenkung großen Stils erreichen. Einmal sollen die Stundenlöhne und Zuschläge gesenkt werden. Zweitens planen

die Unternehmer eine Revision der Lohnklasseneinteilung in den Bezirken mit dem Ziel der Lohnsenkung. Drittens sollen wesentliche Bestimmungen des Reichstarifvertrages abgebaut werden, was in der Wirkung ebenfalls einen Lohnabbau bedeutet. Die Arbeitervertreter haben die Absicht der Unternehmer sofort durchschaut; es wurde ihnen erklärt, daß die Arbeiter an einer beschleunigten Regelung der Löhne — wie sie die Unternehmer auffassen — keinerlei Interesse haben. Die Lohn- und Arbeitsbedingungen der baugewerblichen Arbeiter sind bis zum 31. März dieses Jahres tariflich geregelt. Den Unternehmern wurde dargelegt, daß es ohne die Verabschiedung des Reichstarifvertrages unmöglich sei, bezirkliche Lohnverhandlungen zu führen. Der Reichstarifvertrag bilde die Grundlage für die bezirklichen Lohn- und Arbeitstarife; ihr materieller Inhalt werde maßgebend beeinflusst von dem noch abzuschließenden neuen Reichstarifvertrag. Obwohl die Unternehmer in den Verhandlungen wiederholt ausführten, Anhänger des Tarifgedankens und der Tariftradition im Baugewerbe zu sein, ließ ihre Taktik bei den ersten Verhandlungen vielfach das Gegenteil erkennen. Eine Verkürzung der Arbeitszeit sei im Baugewerbe nicht angängig; sie erhöhe die Geschäftskosten und sei schon deshalb untragbar. Für alle guten und überzeugend vorgebrachten Gründe der Arbeitervertreter für eine Verkürzung der Arbeitszeit zeigten die Unternehmer nicht das geringste Verständnis. Auch in der Frage der Akkordarbeit war ihre Haltung schroff ablehnend. Die Akkordarbeit verbilligt nach ihrer Meinung die Arbeit, aus dem Grunde müsse sie nicht nur beibehalten, sondern noch weiter ausgedehnt werden. Ferien müßten beseitigt werden; sie stellten eine untragbare Belastung dar. Der Hinweis der Arbeitervertreter auf die große Erwerbslosigkeit, die zur Folge hat, daß nur ein ganz geringer Prozentsatz der Arbeiter einen Anspruch auf Ferien erwerbe, die daraus entstehenden Ankosten deshalb ganz unbedeutend seien, wurde bestritten. So spitzten sich die Verhandlungen am Ende dahin zu, daß die Arbeitervertreter ihre Zustimmung zur Aufnahme bezirklicher Lohnverhandlungen geben sollten. In einer kleinen Kommission, der nur die Vorsitzenden der am Reichstarifvertrag beteiligten Verbände angehörten, wurden noch einmal Erwägungen darüber angestellt, wie man die Verhandlungen erspriesslich weiterführen könne. Ein Weg wurde indes nicht gefunden. Die Arbeitervertreter erklärten sich zur Aufnahme bezirklicher Lohnverhandlungen zwischen den Parteien in der letzten Februarwoche bereit, unter der Voraussetzung, daß bis 20. Februar über die Hauptpunkte des Reichstarifvertrages eine grundsätzliche Einigung erzielt sei. Diese Bedingung einzugehen, weigerten sich die Unternehmer. An dieser Weigerung sind die Verhandlungen nach zweitägiger Dauer gescheitert. Nachdem die Unternehmer noch einmal unter sich beraten hatten, ließen sie den Arbeitervertretern mitteilen, daß sie ein Weiterverhandeln im Augenblick für zwecklos ansehen.

Ob die Unternehmer eine Wiederaufnahme der Verhandlungen in einem späteren Stadium wünschen werden, läßt sich zur Zeit noch nicht sagen. Die baugewerblichen Arbeiter haben durchaus nicht so große Eile.

Die Unternehmer haben die Absicht, ein tarifpolitisches Versailles vorzubereiten. Darüber müssen sie sich jedoch im Klaren sein: sie werden bei ihren Bestrebungen auf den schärfsten Widerstand der Gewerkschaften stoßen.

Deutsche Notgebiete

Der deutsche Reichszankler ist in der letzten Zeit mehrmals auf Reisen gewesen. Die große Reise nach dem Osten und Oberschlesien sollte dem Volke zum Bewußtsein bringen, daß die östlichen Gebiete Deutschlands infolge der Grenzziehung und der großen Agrarkrise in Not geraten sind. Sie sollte aber auch den Bewohnern der Ostgebiete die Kenntnis übermitteln, daß die Reichsregierung an sie denkt. Unzählige Deputationen sind an die Regierungsmänner auf dieser Reise herangetreten und haben ihnen die speziellen Notstände bestimmter Kreise, Städte, Landstriche und Berufe zu demonstrieren versucht. Der Kanzler ist zurückgekehrt mit dem Vorschlag, dem Osten durch eine namhafte Unterstützungsfaktion zu helfen. Die Regierung beabsichtigt, mit der preussischen Staatsregierung gemeinsam ein Hilfsprogramm aufzustellen, welches eine endgültige Regelung vorsieht und den Betrag von über eine Milliarde Mark verschlingen wird. Kurze Zeit darauf wurde der Chef der Regierung nach Sachsen berufen, wo ebenfalls ein besonderer Notstand vorhanden sein soll. Rund 3000 Industrielle waren versammelt, um den Reichszankler durch Spezialberichte von dem Notstand Sachsens im allgemeinen und von dieser und jener Industrie im besonderen zu unterrichten. Die Wogen sind in Chemnitz sehr hoch gegangen. Unmittelbar darauf folgte eine Reise nach dem Rheinland, wo ebenfalls Notstände besonderer Art vorhanden sein sollen. Allerdings sprach Brüning hier in einer Arbeiterversammlung, und zwar vor dem Ortskartell der christlichen Gewerkschaft.

Wir erwähnen diese Fragen an dieser Stelle deshalb, weil in der Zeit der allgemeinen Not bestimmte Notstände herausgehoben werden, um eine S o n d e r h i l f e v o n d e r A l l g e m e i n h e i t zu erlangen. In der gleichen Zeit hört man aber laudhaft, laudhaft teilweise sehr günstige Meinungen über die Lage der Arbeiterschaft. Man hält einen L o h n a b b a u nicht nur für möglich, sondern zur Rettung der Wirtschaft direkt für notwendig. Liest man bestimmte Zeitungen und hört man gewisse Leute reden, dann sollte man der Ueberzeugung sein, daß Deutschland für die Arbeiterschaft das Land ist, wo Milch und Honig fließen. Und dies wird alles in einer Zeit geglaubt und glauben zu machen versucht, wo die Lohnverhältnisse auf dem niedrigsten Niveau seit Jahren stehen, wo 5 Millionen Arbeiter losse und daneben 2 Millionen Kurzarbeiter vorhanden sind. Also eine Situation, wie sie seit den schlimmsten Zeiten der Inflation noch niemals zu verzeichnen war. Die allzu große Bescheidenheit der Arbeiterschaft trägt mit dazu bei, daß dieser furchtbare Notstand breiter Volksschichten in der Öffentlichkeit nicht stärker zum Ausdruck kommt.

Stumm und fast ohne Murren gehen täglich Millionen Menschen den aussichtslosen Weg zu den Arbeitsnachweisen. Kein Hoffnungsschimmer leuchtet ihnen auf und läßt ein halbziges Ende dieses Zustandes ahnen. Geht es gut, so bekommen diese aus den Fabriken gejagten Menschen eine U n t e r s t ü t z u n g, die sie mehr schlecht als recht am Leben hält. Doch nur für eine geraume Zeit, dann wird die Unterstützung gekürzt und schließlich fällt sie ganz weg. Die Zeitungen sind voll von Verzeihungsakten, von Raub, Plünderung, Mord und Totschlag. Doch wundert dies niemand, der die Welt sieht, wie sie ist, und nicht, wie sie sein sollte. Man bedenke, es handelt sich hier um einen großen Teil des Volkes. Fünf Millionen Arbeitslose und zwei Millionen Kurzarbeiter sind nach Adam Riese sieben Millionen Menschen, die bereits längere und kürzere Zeit keinen vollen Tariflohn zu verzeichnen hatten. Sieben Millionen Menschen machen mit ihren Familien rund 25 Millionen deutsche Volksmassen aus. Diese 25 Millionen leiden unter dem wirtschaftlichen Tiefstand am allermeisten. Sie sind in der großen Mehrzahl besitzlose Menschen, die nur ihre Hand oder ihren Kopf, kurz ihre Arbeitskraft zur Verfügung haben und diese nicht verkaufen können. Man mag über die Not der Landwirtschaft denken wie man will, aber der Landwirt kann sich wenigstens selbst in Zeiten der Not satt essen. Mit dem Elend, das in den Kreisen der Arbeitslosen herrscht, ist die Not des Landvolkes jedenfalls nicht zu vergleichen. Demgegenüber halte man sein Ohr an die Schwingungen der Öffentlichkeit und man wird feststellen können, daß über die Massennot des arbeitenden Volkes viel weniger gesprochen wird als über die Not bestimmter Landesgebiete oder Industrien.

Deutschland ist ein Arbeitnehmerstaat geworden und besteht zu mehr als zwei Dritteln aus Lohn- und Gehaltsempfängern. Diese Tatsache kommt in dem Bewußtsein des Volkes viel zu wenig zum Ausdruck. Der Lebensstand der Masse des arbeitenden Volkes hat eine Tiefe erreicht wie seit langem nicht. Die Regierung hat geglaubt, die Wirtschaft durch Lohn- und Preisenkungen anzukurbeln. Mit großem Samtam ist die Preisentlastungsaktion in Szene gesetzt worden. Der Erfolg ist ein sehr bescheidener! Wenn man den natürlichen Rückgang der Preisbewegung, ausgehend von den Weltrohstoffen, abzieht, dann wird sehr wenig übrig bleiben. Die Verordnung, wonach bestimmte Sorten Markenartikel um 10 % in Preise gesenkt werden müssen, wird das Mäuslein sein, das der freiziehende Berg geboren hat. Gewiß gibt es Artikel, die billiger geworden sind, nur sind sie im Haushalt des Arbeiters nicht zu verwenden. Was nützt es dem Arbeiter, wenn Kupfer, Wolle, Baumwolle und andere Rohstoffe unter den Vorkriegspreisen stehen, während die Dinge des täglichen Bedarfs weit über 100 % teurer sind als damals. Der Verkehrstarif, die Preise für Gas, Elektrizität usw., kurzum all diese Dinge, die der Arbeiter zu seinem Lebensunterhalt benötigt, sind und bleiben im Preise hoch. Das gleiche ist der Fall bei den meisten Lebensmitteln. So liegen die Verhältnisse bezüglich der Preise. Auf der andern Seite aber zeigt sich ein merkliches Sinken der Lohnsätze. Eine riesige Arbeitslosigkeit, eine lang andauernde Krise macht den einzelnen Arbeiter sowie auch die Gesamtheit der Arbeiterschaft schwach und minder widerstandsfähig. Deshalb der Angriff der Unternehmer mit der teilweisen Unterstützung der Regierung auf die Lohnsenkung. Mit den Mitteln der Notverordnung sind die Löhne gesenkt worden.

Kein Mensch hat etwas davon gemerkt, daß derartig schwere Geschüsse auch zur Erschütterung des Preisstandes aufgeföhren wurden. Nach Pressmeldungen hat der Reichszankler vor christlichen Gewerkschaftsmitgliedern in Köln folgenden Satz ausgesprochen:

„Sollten in Lohnstreitigkeiten politische Ueberlegungen hineinkommen — etwa derart, als müsse zuerst das Chaos kommen, es könne gar nicht schaden, wenn die Arbeiterschaft nach einem solchen Chaos auf Jahre hinaus am Boden liege —, sollte sich diese Auffassung Geltung verschaffen, so wird die Reichsregierung alles tun, um auch die Staatsautorität gegenüber solchen Theorien zu sichern.“

Es ist nicht bekannt geworden, ob Dr. Brüning sich bei den sächsischen Industriellen in ähnlicher Weise geäußert hat. Doch wie dem auch sei, als feststehend gilt die Tatsache, daß die Arbeiterschaft von der Krise am härtesten betroffen wurde. Hier ist wirklicher Notstand. In diesem Notstandsgebiet muß ausgiebige Hilfe angesetzt werden. Dies ist der Öffentlichkeit und namentlich den Regierungsmännern ins Gewissen zu hämmern. Das Elend der breiten Masse droht das wichtigste Gut eines industriellen Staates, die Arbeitskraft, zu vernichten. Volkswirtschaftliche Ueberlegung müßte bereits sagen, daß dieses wichtige Gut vor dem Verderben geschützt werden muß. Die Gewerkschaften werden es an der nötigen Energie nicht fehlen lassen.

Die öffentliche Wirtschaft des Auslandes

Bei dem beständigen Kampf, der speziell in Deutschland gegen die wirtschaftliche Betätigung der öffentlichen Hand geführt wird, ist ein Blick über die Landesgrenzen hinaus sehr aufschlußreich. In dem vom Gesamtverband herausgegebenen „Handbuch der öffentlichen Wirtschaft“ (Verlagsanstalt „Courier“, Berlin) befindet sich gutes Material über die öffentliche Wirtschaft in andern Ländern. Es läßt sich im allgemeinen feststellen, daß die Einflüsse der öffentlichen Hand auf die Wirtschaft in allen Ländern im Wachsen begriffen ist. Wir wollen versuchen, einen kurzen Ueberblick über die Wirtschaft anderer Länder zu geben.

In der S c h w e i z hat die öffentliche Wirtschaft einen großen Umfang angenommen. Post, Telephon, Telegraph und Eisenbahnen befinden sich im öffentlichen Besitz. Die Elektrizitätserzeugung liegt zu mehr als 60 % in öffentlicher Hand. Letztere ist ferner an der Wasser- und Gasversorgung zu 90 % beteiligt. In der Schweiz befindet sich ein hoch entwickeltes System öffentlicher Banken: Kantonalbanken, Lotobanken, Sparkassen und Hypothekbanken sind in öffentlichem Besitz. Rund 6 Milliarden Franken sind in der öffentlichen Wirtschaft investiert. In den öffentlichen Betrieben sind ungefähr 80 000 unter Hinzurechnung sonstiger öffentlicher Unternehmungen etwa 100 000 Personen beschäftigt.

Auch in D e s t e r r e i c h ist die öffentliche Hand ein bedeutender Wirtschaftsfaktor. Das Eisenbahnwesen befindet sich in der Hand einer staatlichen Gesellschaft. In der Energieerzeugung nehmen Bund und Länder steigenden Einfluß. Von Industriebetrieben besitzt der Bund die „Oesterreichischen Werke“, die ein Ueberbleibsel der früheren staatlichen Rüstungsbetriebe sind. Ferner sind ein Kohlenbergwerk, ein Kupferberg- und Hüttenwerk sowie die Salinen im staatlichen Besitz. Die Versorgungsbetriebe sowie die Nahverkehrsmittel sind fast durchschnittlich im Besitze der Kommunen. Wien nimmt eine besondere Stellung ein. Das „rote Wien“ hat die städtischen Betriebe technisch und organisatorisch vollkommen aufgebaut. Das Verkehrsnetz wurde wesentlich erweitert. Im Wohnungsbau wurden vollständig neue Wege eingeschlagen. Von der Stadt Wien sind seit 1925 rund 35 000 Wohnungen in eigener Regie errichtet und aus Steuermitteln finanziert worden. Auch sonst hat die Gemeinde Wien Wirtschaftsbetriebe der verschiedensten Art errichtet.

In H o l l a n d sind hervorragende Leistungen öffentlicher Wirtschaftsbetätigung auf dem Gebiete des Wohnungsbaues zu verzeichnen. Die Bahnen befinden sich in Staatsverwaltung. Der holländische Kohlenbergbau verdankt seine Entstehung und Entwicklung staatlicher Betätigung. Die Elektrizitätswirtschaft befindet sich fast vollständig in öffentlicher Hand. Die Verkehrs- und Versorgungsbetriebe in den Städten sind in kommunalem Besitz. Von der Gasabgabe z. B. entfallen 95 % auf die öffentlichen Betriebe.

In den n o r d i s c h e n L ä n d e r n ist die öffentliche Wirtschaftsbetätigung nicht unbeträchtlich. Das Eisenbahnwesen befindet sich in Finnland zu 90 %, in Schweden zu 38 %, in Norwegen zu 90 % und in Dänemark zu 48 % im öffentlichen Besitz. Auch in der Energieerzeugung ist der Anteil der öffentlichen Hand bedeutend. Die Versorgungs- und Nahverkehrsbetriebe sind in den nordischen Ländern in der Hand der Gemeinden. Sehr bedeutend sind die Staatswälder. Der schwedische Staat hat Einfluß auf die Erzgruben. Finnland verfügt über Sägewerke, Papierfabriken, Kupfer- und Silberminen usw. Das staatliche Wirtschaftsvermögen beträgt in Schweden 2,2 Milliarden Kronen, in Dänemark 589 Millionen Kronen und in Finnland 10,8 Milliarden Finnen-Mark.

Selbst in dem Mutterlande des Kapitalismus, in E n g l a n d, macht die öffentliche Wirtschaft zusehens Fortschritte. Der Staat hat Einfluß auf die privaten Eisenbahnunternehmungen gewonnen. Die Gemeindevirtschaft in England ist von eigener Art, doch von zunehmender Bedeutung. Die kommunale Gasversorgung beträgt 37 %. Die Elektrizitätswerke der Gemeinden haben eine Stromerzeugung von 5,9 Millionen Kilowattstunden gegen 3,6 Millionen der privaten Werke. Die Wasserversorgung befindet sich zum überwiegenden Teil im öffentlichen Besitz.

In den r o m a n i s c h e n L ä n d e r n hat die öffentliche Hand gegenüber der Vorkriegszeit eine große Bedeutung als Wirtschaftsfaktor erlangt. In F r a n k r e i c h befinden sich 27 % der Bahnen im staatlichen Besitz. Post, Telephon und Telegraph stehen vollständig unter staatlicher Verwaltung, desgleichen die Kalibergwerke. Zwei Drittel der Wasserversorgung befinden sich im Besitz der Kommunen. In die Gasversorgung und die Elektrizitätserzeugung bringen die städtischen Werke immer mehr ein. Neben-

sind die Verhältnisse in B e l g i e n, wo sich die Bahnen vollständig im staatlichen Besitz befinden. In I t a l i e n hat der Faschismus die kommunale Wirtschaftsbetätigung sehr eingeschränkt, dagegen die Staatswirtschaft stark ausgedehnt. Der Staat hat auf Banken, Werften, Schiffahrtsgesellschaften usw. Einfluß gewonnen. Wie man sieht, ist die Betätigung der öffentlichen Hand im Wirtschaftsleben in allen Ländern stark gewachsen. Der Krieg und seine Folgen haben hier fördernd gewirkt. Dabei wird es noch nicht sein Bewenden haben. Jedenfalls trifft es nicht zu, wenn behauptet wird, daß allein in Deutschland eine zunehmende Bedeutung der öffentlichen Wirtschaft vorhanden ist.

Haushaltsrechnungen des Reichsbahnpersonals

In den letzten Jahren haben verschiedene gewerkschaftliche Organisationen Untersuchungen über Haushaltsrechnungen ihrer Mitglieder vorgenommen. Der A s a - Bund, der Zentralverband der Schuhmacher, der Deutsche Baugewerksbund und auch der Einheitsverband der Eisenbahner Deutschlands haben Erhebungen der genannten Art vorgenommen. Die Einnahmen und Ausgaben im Haushalt der in Frage kommenden Verbandsmitglieder wurden untersucht. Der Einheitsverband der Eisenbahner Deutschlands hat Erhebungen der genannten Art im Jahre 1929 veranstaltet. Das Ergebnis dieser Arbeit hat der Verband in seiner Bücherei veröffentlicht. Der Eisenbahnerverband hat die Einnahmen und Ausgaben von 59 Arbeiterhaushaltungen und 53 Beamtenhaushaltungen untersucht. Um ein möglichst einwandfreies Bild zu bekommen, wurden Arbeiter verschiedener Lohngruppen und Wohnorte ausgewählt. Im gesamten Durchschnitt der beteiligten Haushaltungen ergibt sich eine Kopfszahl von 4 Personen je Haushaltung. An sich ist die Durchführung von Erhebungen dieser Art sehr schwierig. In der Vorkriegszeit hat unser Verband einmal einen Versuch unternommen. Das Ergebnis konnte jedoch nicht zusammengestellt werden, weil der Krieg diese wichtigen Erhebungen in unserm Zentralverband unterbrochen hat.

Das Material, das der Eisenbahnerverband in seiner Schrift*) „Die Lebenshaltung des Deutschen Reichsbahnpersonals“ zusammengestellt hat, ist mit großer Gewissenhaftigkeit und mit viel Liebe durchgearbeitet und zusammengestellt worden. Das ganze ist übersichtlich gegliedert. Einmal wurde der Verbrauch nach der Kostenseite und auch mengenmäßig untersucht. Es ist überaus wertvoll, daß die Untersuchungen getrennt nach Arbeiter- und Beamtenhaushaltungen durchgeführt worden sind. Die Schrift ist dadurch um so wertvoller, weil wir in ihrem Inhalt Gegenüberstellungen der bereits in andern Gewerkschaften durchgeführten Wirtschafts- und Haushaltsrechnungen finden. Auch die Untersuchungen des Statistischen Landesamts Hamburg und die Ermittlungen des Statistischen Reichsamtes, die auf der gleichen Grundlage erfolgt sind, finden wir hier wiedergegeben. Dadurch ist der Wert der Erhebungen des Eisenbahnerverbandes gestiegen. Man kan also die Einnahmen und Ausgaben verschiedener Berufe miteinander vergleichen.

Ans interessieren in allererster Linie die Wirtschaftsrechnungen der Arbeiter. In der Schrift des Einheitsverbandes Deutscher Eisenbahner finden wir, daß das Erwerbseinkommen des Haushaltungsvorstandes rund 2357 M beträgt. Das Einkommen der Eisenbahnarbeiter hat 45,35 M pro Woche betragen. Das Arbeitseinkommen in den untersuchten Haushaltungen erhöht sich durch Nebenerwerbe der Familienmitglieder oder des Haushaltungsvorstandes um 77,20 M jährlich. Die Einnahmen, die jeder Haushaltung im Durchschnitt zur Verfügung standen, haben 3035,74 M betragen. Die hauptberufliche Tätigkeit bringt dem Eisenbahnarbeiter im Jahre rund 2751 M. Der Anteil aus Einkommen aus Nebenerwerb betragt nach Feststellungen des genannten Verbandes rund 2,5 %. Dieser Teil des Einkommens setzt sich zusammen aus Untervermietung, Einnahmen aus eigener Bewirtschaftung, Unterstützungen und Geschenken. Die Gliederung der Haushaltsausgaben ist nach 4 Hauptgruppen vorgenommen worden: für Nahrungs- und Genußmittel, für sonstige Lebensbedürfnisse, Darlehen und Erparnisse. Der Anteil der Nahrungsausgaben beträgt im Durchschnitt aller Haushaltungen 41,9 %. Für die Befriedigung der sonstigen Lebensbedürfnisse werden 55,4 % benötigt. Zur Schuldentilgung mußten 1,5 % bereitgestellt, und nur 1,2 % der Gesamtausgaben konnten erspart werden. Der Anteil der Bekleidung an den Lebensbedürfnissen beträgt rund 12,7 %, die Ausgaben für Versicherung 10,9 %, für Wohnungsmiete und Hypotheken 9,3 %. Die Ausgaben für Heizung und Beleuchtung haben 4 % betragen. Für Einrichtung und Instandhaltung der Wohnung wurden 3,3 % aufgewendet, für Mitgliedsbeiträge 2 % und für Steuern 1,6 %. Die Ausgaben für die übrige Lebensführung haben 11,5 % betragen. Interessant sind die Gegenüberstellungen, auf die wir weiter vorn schon verwiesen haben. Es ist eine fleißige Arbeit, die ohne Zweifel viel dazu beiträgt, die Verhältnisse der Arbeitsgruppen zu durchleuchten. Auch sonst gestattet die vorliegende Arbeit wertvollen Einblick in die sozialen und wirtschaftlichen Verhältnisse der Bahnarbeiter. Die Untersuchungen der Ausgaben im Arbeiterhaushalt müßten von allen Gewerkschaften durchgeführt werden. Nur so bekommt man ein einwandfreies Bild über die tatsächlichen Ausgaben und ihre Zusammensetzung.

* Verlagsgesellschaft Deutscher Eisenbahner m. b. H., Berlin W 50, 160 Seiten. Preis broschiert 3,50 M, Organisationspreis 1,75 M.

Sozialpolitik in der Krise

In der „Sozialen Praxis“, dem Zentralblatt für Sozialpolitik und Wohlfahrtspflege, behandelt Professor Dr. Frieda Wunderlich eingehend die sozialpolitischen Probleme in der gegenwärtigen Krise. In Hand von Gegenüberstellungen der Kriseneinwirkungen vom Jahre 1923 und 1930 wird in der Abhandlung versucht, die unfinnigen Forderungen der Gegner der Sozialpolitik zurückzuweisen. Die Verfasserin versucht in nachstehendem, die Forderungen der Gegner sowie der Befürworter auf

sozialpolitischem Gebiet aufzuzeigen und dabei besonders die Notwendigkeit zielbewußter Sozialpolitik herauszuschälen:

Von zwei Seiten her ist das Vertrauen in der Sozialpolitik erschüttert. Der Unternehmer, der in ihr niemals mehr als eine ihm aufgezwungene Last gesehen hat, erklärt, diese Last heute nicht mehr tragen zu können: Steuerdruck, mitveranlaßt durch Wohlfahrtsausgaben, und hoher Zins, eine Folge zu geringer Kapitalbildung, mithin zu niedriger Unternehmereinkommen, halten die Selbstkosten hoch, während der einzige bewegliche Kostenfaktor, der Lohn, dank der sozialpolitischen Schlichtungsinstitution und der Sozialabgaben ebenfalls erstarrt sei. Das deutsche Volk habe im Glauben an die Kaufkrafttheorie zu gut gelebt; nur eine Senkung der gesamten Lebenshaltung, das heißt der Unternehmereinkommen einschließlich der Sozialabgaben und der auf ihnen beruhenden Einkommen, könne die Sanierung bringen. Ein Kapitalismus, dem der natürliche Ausgleich der Preissenkung sämtlicher Kostenfaktoren genommen sei, könne nicht mehr gehalten werden. Zur Vorleistung in der Preisentfaltung sei der Unternehmer aus Gründen fehlender Kapitalreserven nicht in der Lage. — Nur die Sorge vor der letzten gefährlichsten Radikalisierung der Massen hat die Forderung des Abbaus der gesamten Sozialpolitik, wie sie 1923 erhoben wurde, nicht auftauchen lassen. So wird erneut von Unternehmerseite mit dem ganzen Nachdruck, den die gefährliche Lage dem Hilferuf gibt, die Forderung erhoben, den Automatismus des Marktes wieder einzuschalten, um den Starrkrampf der Wirtschaft zu überwinden.

Von der Arbeitnehmerseite her wird der gefährdete Bestand der Sozialpolitik verteidigt, nicht wie eine große Errungenschaft, die behauptet werden muß, sondern wie eine kleine Abfindung, die der Geschädigte bekommen hat, und die ihm auch noch genommen werden soll: Was helfen, so wird dort argumentiert, sozialpolitische Maßnahmen, die vielleicht ein kleines Loch zustopfen können, während Wachstümmer und übersteigter Expansionsdrang immer neue Abgründe aufreißen? Was hilft die Arbeitslosenunterstützung, wenn die über die Absatzmöglichkeiten hinaus expandierende Eisenindustrie durch Quotenkauf Werke stilllegt und in weiten Gegenden damit jede Arbeitsmöglichkeit vernichtet? Was hilft das Opfer der Lohnsenkung, wenn der hohe Inlandspreis das Auslandsdumping finanziert, wenn der deutsche Zuckerkonsum 60 Millionen verfechter Verbrauchssteuer zahlt, die dem ausländischen Zuckerverbraucher zugutekommen? Die „Objekte“ der Sozialpolitik lehnen sich auf gegen das kleine Schmerzensgeld, das man ihnen zahlt, damit sie den Apparat nicht gefährden.

In einem Argument stimmen die gegensätzlichen Kritiker der Sozialpolitik überein: in der Begründung, daß wirksame Hilfe nur von der Wirtschaft kommen kann. Damit ist denen, die die enge Verbundenheit der Wirtschaft mit Sozialpolitik und Wohlfahrtspflege kennen, nichts Neues gesagt — die Forderung nach Sozialpolitik aber auch nicht widerlegt. Die Erkenntnis, daß das freie Spiel der Kräfte nicht nur politisch und moralisch unerträgliche Mißstände hervorgerufen hat, sondern auch in unzureichender Bewirtschaftung des Arbeitsvermögens die Wirtschaft ihr Ziel höchstmöglicher Ertragsleistung nicht erreichen ließ, wird heute kaum noch bestritten. Mit Recht hat Briefs auf der Tagung der Gesellschaft für Soziale Reform in Mannheim betont, daß die Sozialpolitik der Nachkriegszeit den Glauben an den liberalen Mythos, den Glauben an die unantastbare Eigengesetzlichkeit der Wirtschaft verloren hat. Wenn die Sozialpolitik aus den „Roten Kreuz-Diensten hinter der Front“ in die Front getreten ist, wenn sie von primitiven Schutzmaßnahmen zu Eingriffen übergegangen ist, die den Wirtschaftsaufbau in andere Bahnen leiten könnten, so sind neben der sozialen Umgestaltung — die zwei Drittel der Bevölkerung zu Arbeitnehmern werden ließ, das Bürgertum schwächte, die Mittelschichten in die Gefahr brachte zerrieben zu werden — und den geistigen Umgestaltungen, die sich daraus ergaben, auch die wachsenden Unverhältnismäßigkeiten der Wirtschaft als Ursache anzusehen. Unverhältnismäßigkeiten, die das Inflationswort „Deutschland verhungert bei vollen Scheunen“ zur Wirklichkeit werden ließen, und die in der Welt die Ueberzeugung weckten, daß Ausweitung der Produktion ohne Absatzmöglichkeit und ohne gleichzeitige Steigerung des Lebensstandards der Massen ein Anfang ist. Wird von Unternehmerseite die Forderung erhoben, die Marktstörungen der kapitalistischen Wirtschaft wieder herzustellen, so wird der Sozialpolitiker die Gegenforderung erheben müssen, nicht mit Öffnung der Ventile zu beginnen, die die Sicherung der sonst frei schwebenden Schichten befechtigen. Wenn die starke Hemmung der Marktautomatik die Sanierung der Krise verlangsamt, so wird der Sozialpolitiker sich zunächst gegen jene Hemmungen wenden, deren Beseitigung nicht zur Schädigung der Arbeits- und Volkskraft führen kann. Das sind heute Protektionismus und die Fülle jener andern merkantilistischen Maßnahmen, die einer Wirtschaftsgruppe Gewinnicherung auf Kosten der andern — oft erfolglos — zu verschaffen suchen.

Aus der Entwicklung der letzten Jahre zeigt sich mit voller Deutlichkeit, daß es notwendig wird, Sozialpolitik in die Wirtschaft hineinzubauen, die wirtschaftlichen Auswirkungen in ihrer hemmenden und fördernden Natur auf die Produktionsfaktoren (Arbeit und Kapital) gesondert zu verfolgen, Sozialpolitik zur Wirtschaftspolitik werden zu lassen, sie als Produktionspolitik zum Zwecke ökonomischer Bewirtschaftung des Arbeitsvermögens auszubauen. Ganz ebenso muß auch die Wohlfahrtspflege sich mit der Wirtschaft stärker als bisher auseinandersetzen. Es ist heute ein größerer Kreis, den wirtschaftliche Not hilfbedürftig macht. . . .

Sozialpolitik und Wohlfahrtspflege sind in Gefahr. Massennotstände drohen, die Planmäßigkeit, Zielstrebigkeit der Hilfe aufzuheben, sie durch Willkür und Schematisierung in ihrer Wirkung zu schwächen. Die belästigte Wirtschaft ruft nach Abbau und Entung der Anläufe. Angesichts des Ansturms von allen Seiten wiederholen wir den Warnungsruf von 1923: „Sozialpolitik,

Wohlfahrtspolitik ist Produktionspolitik. Sie ist nicht Abfallprodukt einer Leistungsfähigkeit“, weil sie den Gefahren begegnet, die sich aus der Anzulänglichlichkeit des Marktes für die Bewirtschaftung der Arbeitskraft ergeben. Es sind notwendige wirtschaftliche Funktionen, die Wohlfahrtspflege und Sozialpolitik erfüllen, und die — falls beide technisch vernünftig gestaltet werden — letzten Endes die Ertragskraft der Wirtschaft steigern. In der Anpassung an konkrete Aufgaben und Möglichkeiten, in der Durchdenkung dynamischer Einwirkungen auf den Wirtschaftsaufbau, in der Abwägung von Opfer und Erfolg liegt die Aufgabe des Sozialpolitikers. Sie wächst mit dem Verfall der Wirtschaft, die jede Krise letzten Endes nur aus eigenen Kräften überwindet. Sie wird um so leichter, je mehr die Wirtschaftspolitik sich an Gesamtinteresse orientiert. Dem eine soziale Wirtschaftspolitik würde manche sozialpolitische Sonderinstitution überflüssig machen.“

Der IGB. im Jahre 1931

13 500 000 Mitglieder hat der Amsterdamer Internationale Gewerkschaftsbund an der Schwelle des neuen Jahres. Noch vor einigen Jahren waren es nur 12 000 000. Ägypten und Finnland traten im vorigen Jahre bei. Rußland, Portugal und Norwegen fehlen. Portugal hat noch keine Landeszentrale, und in Norwegen sind einstweilen noch starke kommunistische Einflüsse.

Seit 1911 ist der IGB. in enger Verbindung mit den nordamerikanischen Gewerkschaften, und deren Vorsitzender Gompas spielte auch bei der ersten internationalen Arbeitskonferenz in Washington eine große Rolle. Leider konnte er den Anschluß nicht durchsetzen. Ob dieser wohl jetzt unter dem Druck der allgemeinen Arbeitslosigkeit eher möglich ist? Der amerikanische Einwand, die Beiträge beim IGB. seien zu hoch (man zahlt 12 holländische Gulden für je 1000 Mitglieder), dürfte gerade für die amerikanischen Verhältnisse unzutreffend sein. Mexiko richtet sich in allem nach Nordamerika. Kanada dagegen gehört zum IGB., ebenso Argentinien, und vielleicht wird in diesem Jahr auch Kuba beitreten, nachdem der nordamerikanische Versuch der Schaffung eines eigenen Panamerikanischen Gewerkschaftsbundes gescheitert ist. In den übrigen süd- und mittelamerikanischen Ländern gibt es noch keine Landeszentralen, so daß die Voraussetzung für einen eventuellen Anschluß an den IGB. noch nicht geschaffen ist.

Die Gewerkschaften von Palästina gehören bereits zum IGB., und auf Anraten des Inders Joshi wird in diesem Jahr sicher die indische Gewerkschaftsbewegung beitreten, auch in Japan dürfte jetzt nach der Spaltung der Beitritt erfolgen. Nach China fährt erst 1931 eine Studienkommission.

Außer Ägypten, das 1930 beitrug, ist die Organisation der 10 000 schwarzen Arbeiter und der 22 000 weißen von Südafrika angeschlossen, und in Südwestafrika die Gewerkschaft der deutschen Arbeiter, ferner in Nordafrika der Gewerkschaftsverband jeder französischen Kolonie.

Australien leidet sehr unter kommunistischen Spaltungsbestrebungen und ist dem IGB. nicht angeschlossen. Es sandte aber einen Vertreter zum internationalen Gewerkschaftskongreß von Stockholm.

Nachdem die Russen 1919 die Einladung nach Amsterdam ablehnten, gründeten sie einige Jahre später eine eigene rote Gewerkschaftsinternationale. Auf Wunsch der englischen Gewerkschaften (1924 auf dem internationalen Gewerkschaftskongreß von Wien) wurden nochmals Versuche einer Einigung unternommen. Aber seit die Engländer dann die Zwecklosigkeit dieses Beginns einsehen, haben sie in scharfer, ja fast brutaler Weise jede Verbindung mit den Russen aufgegeben. Auch die andern Länder in Europa machten bald die Erfahrung, daß ein Zusammenarbeiten mit den Russen wegen der Verschiedenartigkeit der Ansichten über die Aufgaben der Gewerkschaften nicht möglich ist. Angeblich hat die rote Gewerkschaftsinternationale 10 000 000 Mitglieder, wovon 8 000 000 Russen sind. Aber auch unter den restlichen 2 000 000 sind Gewerkschaftsverbände mitgerechnet, die überhaupt nicht mehr existieren. Dadurch, daß die Engländer ihren kommunistenfreundlichen Standpunkt aufgegeben haben, sind auch alle Schwierigkeiten, die bis zum Pariser Kongreß von 1927 bestanden, erledigt. Besonders der jetzige Vorsitzende Citrin, der gleichzeitig Generalsekretär der englischen Gewerkschaften ist, tut alles, was in seinen Kräften steht, um in England Verständnis für die Gewerkschaftsbewegung aller Länder zu schaffen.

Seit 1927 geht es auch der Kasse des IGB. sehr gut. Sie konnte kürzlich 10 000 holländische Gulden dem Matteotti-Fonds aus laufenden Mitteln überweisen. Alle Schwierigkeiten organisatorischer, finanzieller und geistiger Art sind überwunden, und eine ruhige Entwicklung steht bevor. In der Frage der Bekämpfung der Kriegsgefahren und der zunehmenden Arbeitslosigkeit hat sich der IGB. mit der sozialistischen Arbeiterinternationale zwecks Ausarbeitung eines gemeinsamen Programms und gemeinsamer Aktionen ins Benehmen gesetzt.

Jede Woche erscheint ein Pressebericht des IGB. in sechs Sprachen (Deutsch, Französisch, Englisch, Spanisch, Dänisch und Holländisch). Ferner gibt er eine Monatschrift in deutscher, französischer und englischer Sprache heraus: „Die Internationale Gewerkschaftsbewegung“, in der nicht nur von den Hauptereignissen des IGB., sondern auch von der Arbeit der internationalen Berufssekretariate die Rede ist. Die internationalen Arbeitskonferenzen des Generalsekretariats des IGB. geben außerdem den Gewerkschaftsvertretern Gelegenheit zu Besprechungen mit Gewerkschaftsdelegierten aller Kontinente.

Der Sitz des IGB. soll am 1. Juli 1931 wieder nach Berlin verlegt werden, wo der IGB. einst entstand. R. L.

Verbandsnachrichten

Bekanntmachungen des Zentralvorstandes

Einsendung der Jahresmitgliederlisten

Als Endtermin für die Einsendung der Jahresmitgliederlisten war der 31. Januar vorgegeben. Bei Durchsicht der eingegangenen Jahresmitgliederlisten mußte leider festgestellt werden, daß eine größere Anzahl von Zahlstellen mit der Einsendung der Jahresmitgliederlisten im Rückstande ist. Die Einsendung muß nunmehr schnellstens erfolgen. Die Vorsitzenden der Zahlstellen haben sofort festzustellen, ob die Jahresmitgliederlisten von ihren Zahlstellen eingesandt wurden, und falls das noch nicht geschehen ist, die Zahlstellenausschüsse auf die Anfertigung aufmerksam zu machen. Die Zahlstellenvorstände sind verpflichtet, bei der Fertigstellung der Jahresmitgliederlisten Hilfe zu leisten, falls der Zahlstellenausschreiber nicht in der Lage ist, sie sofort fertigzustellen und einzusenden.

Der Zentralvorstand.

Berichte aus den Zahlstellen

Altötting. (Jahresbericht.) Das Jahr 1930 muß seit Bestehen unserer Zahlstelle als das schlechteste bezeichnet werden. Die Bautätigkeit war schlecht, und dort, wo es Arbeit gab, wurden größtenteils untertarifliche Löhne gezahlt. Stundenlöhne mit 60 und 70 % für Hilfs- und teilweise auch für Facharbeiter waren keine Seltenheit. Die Schuld an diesen Zuständen liegt am Verhalten des Reichsarbeitsministers, der den im Frühjahr 1930 abgeschlossenen Lohnvertrag bis zum Herbst nicht für allgemeinverbindlich erklärte, so daß gegen die hiesigen Unternehmer nicht klagbar vorgegangen werden konnte, weil diese ja keinem Arbeitgeberverband angehören. Andererseits leisten die christlichen Gewerkschaften den Unternehmern im Lohn-abbau gute Dienste. Insbesondere der Vorsitzende des Christlichen Bauarbeiterverbandes am Ort glaubt in dieser Richtung den Reformen schlagen zu müssen. Aber auch der Stadtrat von Altötting wollte in diesem Jahre dem Unternehmertum hinsichtlich der Lohnbrücker gute Vorspanndienste leisten. Infolge seiner sozialen Einstellung brachte dieser Stadtrat es fertig, für ausgesprochene Bauarbeiten pro Stunde um 25 % weniger zu zahlen als der Tarif vorsieht. Somit sind alle gegen uns, und nur durch gewerkschaftliche Macht ist es möglich, diesen Zuständen ein Ende zu bereiten. Es wurden neun Versammlungen abgehalten, zu denen in zwei der Bauleiter, Kamerad Schönamsgruber, und in einer Kamerad Ranker vom Gauvorstand anwesend waren. Klagen am Arbeitsgericht wurden im vergangenen Jahre vier durchgeführt. Zwei davon gegen ehemalige Stadtratsmitglieder waren zum Vorteil für unsere Kameraden. Einer erhielt 60 % und der andere 35 % nachgezahlt. Eine Klage wegen unrechtmäßiger Entlassung des Delegierten wurde zugunsten desselben entschieden. Eine weitere Klage gegen den Stadtrat auf Nachzahlung des Tariflohnes harrt noch am Landesarbeitsgericht seiner Erledigung. Hinsichtlich der Unfallverhütungsvorschriften wurde an die beiden Stadträte von Alt- und Neutötting, das Erfuchen gerichtet, die Ortspolizeibehörden anzuweisen, bei Neu- und Umbauten nach den Unfallverhütungsvorschriften zu sehen, beziehungsweise die Baustellen streng zu kontrollieren. Diesem Erfuchen hat der Stadtrat Altötting Rechnung getragen und Anweisungen hierzu erteilt. Die Baupolizei wurde einmal und die Berufsgenossenschaft ebenfalls einmal angerufen. Die Mitgliederzahl betrug am Schlusse des Berichtsjahres 31 Kameraden. Arbeitslos waren Ende Dezember 29 Mitglieder. Arbeitslos ohne Arbeitslosen- oder Krisenunterstützung sind sechs Mitglieder. Die Einnahmen betragen während des vergangenen Jahres auf Rechnung der Hauptkasse 955,56 M., die Ausgaben 963,35 M.; auf Rechnung der Lokalkasse: Einnahmen 537,98 M., Ausgaben 467,75 M. In Weihnachtsunterstützung wurden an 15 Mitglieder auf Rechnung der Hauptkasse 115,20 M. ausbezahlt. In Freimarken wurden 773 geklebt. Das bedeutet, daß 49 % oder 15 Mitglieder das ganze Jahr hindurch als arbeitslos zu betrachten sind. Der Verdienstaufschlag beträgt an den verausgabten Beiträgen gerechnet 42 669,60 M. Die Vorstandschaft erwartet für die Zukunft, daß die Mitglieder zu den Versammlungen etwas pünktlicher erscheinen. Die Versammlungen finden, wenn nichts anderes dazwischentreitt, jeden vierten Sonntag im Monat, vormittags Punkt 9.30 Uhr, bei Faltermeier in Neutötting, statt.

Braunschweig. (Jahresbericht.) In der am 25. Januar stattgefundenen Generalversammlung legte der Vorstand seinen Jahresbericht den Mitgliedern vor. Zum Abschluß dieses Jubiläumsjahres, des 40jährigen Bestehens der Zahlstelle, konnte kein anderer Versammlungsraum besser dienen, als diese historische Stätte, in der im Jahre 1868 der erste Zimmererkongreß tagte, im kleinen Saal des „Sächsischen Hofes“. Mit einleitenden Worten wurde die Generalversammlung eröffnet, unter Hinweis auf die erste organisatorische Tat zur zentralen Organisationsform mit dem Motto: „Proletariat aller Länder vereinigt Euch“. Der Vorsitzende erläuterte den Jahresbericht und betonte, daß die schlechte Wirtschaftslage auch besonders eine große Arbeitslosigkeit unter den Zimmerern hervorrief. Ein trostloses Bild bot die Arbeitsvermittlung zu den Bauten des zusätzlichen Wohnungsbauprogramms vom Reich über Förderung des Kleinstwohnungsbauens. Wurden diese doch als eine Art Notstandsarbeiten angesehen. Zur Frage der Arbeitsvermittlung können sich die Arbeitgeber nicht abgewöhnen, namentlich ihre Arbeitskräfte anzufordern, hierdurch finden meistens nur die Arbeit, die ihnen willig sind. Neu setzte am 1. April die Fachvermittlungsstelle ein. Eine besondere Aufmerksamkeit mußte der Arbeitslosenversicherung gewidmet werden. Hart spürten Kameraden den § 89a des

Entlassungsschutz ohne Betriebsvertretung ist undenkbar, deshalb wählt Bau- und Platzdelegierte!

WABG. Hierüber wurden mehrere Beschwerden geführt, zwei davon in Gifhorn. Mit dem 31. März lief das Lohnabkommen ab. Wir stellten eine Forderung auf Lohnerhöhung von 10 %, die Arbeitgeber verlangen einen Lohnabbau auf der ganzen Linie des Freistaates Braunschweig um 5 %. Durch Entscheidung des Haupttarifamtes wurde der bisherige Lohn bis zum 31. März 1931 verlängert. Dieselbe Entscheidung fällt dann auch das Tarifamt in Braunschweig für den Lohn am Mittellandkanal. Vor dem Arbeitsgericht mußte in verschiedenen Fällen über Bezahlung des Tariflohnes für Notstandsarbeiten geklagt werden. Ferner hatte das Arbeitsgericht zu entscheiden, ob für Zimmerer beim Abbruch einer Ziegelei, die vom Ziegeleibesitzer selbst ausgeführt wurde, der Zimmererlohn zu zahlen sei. Einen besonderen Aufstieg konnte die Zahlstelle in der Jugendabteilung verzeichnen. An dem Jugendtag in Pyrmont nahmen 23 Jungkameraden teil. Ferner beteiligte sich die Jugendgruppe an einer Ausstellung des Jugendkartells des WABG. Ein gutes Zusammenarbeiten konnte auch mit der Berufsschule sowie dem Gesellenausschuß und den Vertretern der Krankenkassen gezeitigt werden. Der Vorstand versuchte auf die Mitglieder durch interessante Vorträge, zum Beispiel „Die neue Handwerksnovelle“, „Neuzeitliche Arbeitsvermittlung“, „Lohnabbaubestrebungen der Unternehmer“, „Geschichtliche Entwicklung der Zahlstelle Braunschweig“, belehrend zu wirken. Jeder dieser Vorträge wurde auch in Wolfenbüttel gehalten. Weitere Bildungskurse veranstaltete das Betriebsratssekretariat, an die auch unsere Funktionäre teilnahmen. Der Ortsausschuß des WABG gründete eine „Wilhelm-Bracke-Bibliothek“, die sich aus den Bibliotheken der Gewerkschaften zusammensetzt; ferner eröffnete der Ortsausschuß in Nieseberg ein Ferienheim, das jedem Gewerkschafter zur Verfügung steht. Zu einer Weihnachtsbeihilfe nahm auch im Berichtsjahr die Zahlstelle Stellung. An die invaliden, kranken und erwerbslosen Kameraden wurde ein Gesamtkostenaufwand von 2400 M aus lokalen Mitteln verausgabt. Für das Zahlstellengebiet fanden im Berichtsjahr 22 Mitgliederversammlungen, 13 Vorstandssitzungen, 1 Platzversammlung, 10 Sitzungen mit dem Ortsausschuß und 8 Verhandlungen aus Anlaß der Lohnverhandlungen statt. Leider riß auch der Tod in unsern Reihen Wunden; zwei ältere Kameraden, Wilhelm Hannig und August Freise, schieden von uns. Die Vorstandswahl ergab Wiedewahl der bisherigen Funktionäre. Nach einem Appell des Vorsitzenden, auch in Zukunft die ganze Kraft einzusetzen im Interesse der Gewerkschaftsbewegung, wurde die Versammlung geschlossen.

Cuxhaven. (Jahresbericht.) Der Besuch unserer Generalversammlung, die am 11. Januar stattfand, ließ leider zu wünschen übrig. Dem vom Vorsitzenden erstatteten Jahresbericht ist folgendes zu entnehmen: Der Mitgliederbestand der Zahlstelle ist der gleiche wie im Vorjahre. Einigen Neuaufnahmen stehen Abmeldungen abgereifter Kameraden gegenüber. In Punkt Lohnbewegung sind die Verhandlungen im März zu erwähnen. Der Lohn tarif war am 31. März 1930 abgelaufen. Der am 18. März gefällte Schiedsspruch wurde abgelehnt. Am 27. März fanden neue Verhandlungen statt. Ein Schiedsspruch brachte die Verlängerung des Lohn tarifs bis 31. März 1931. — Differenzen hatte die Zahlstelle mit zwei auswärtigen Betonfirmen, die hier Arbeiten ausführten. Bei der Firma Brandt & Co. wurde in Alford gearbeitet, und bei der Firma Klot AG. hatten wir Schwierigkeiten bei der Neueinstellung. Diese Firmen bringen einen ganzen Stamm auswärtiger Arbeiter mit und stellen nur einige Arbeiter und Zimmerleute im Notfalle ein. Da die Arbeitslosigkeit in Cuxhaven aber auch groß war, erzeugte das natürlich Erbitterung. Es gelang der Zahlstelle jedoch auf beiden Bauten Wandel zu schaffen. — Die Bautätigkeit war bis zum Herbst eine sehr rege, trotzdem hatten wir noch 15 bis 20 % Arbeitslose. — Zur Linderung der größten Not wurde den Arbeitslosen zu Weihnachten eine Beihilfe aus der Lokalkasse gewährt. Diese wurde in Höhe von je 10 M, zusammen mit der Sonderunterstützung der Zentralkasse, am 22. Dezember, ausgezahlt. Der Jahresbericht wurde beifällig aufgenommen. In der darauf folgenden Neuwahl des Vorstandes, übertrug die Versammlung den Vorsitz der Zahlstelle den Kameraden Willi Meyer. Dieser dankte für das ihm entgegengebrachte Vertrauen und versprach, die Geschäfte der Zahlstellenleitung nach besten Wissen und Gewissen zu führen. Er mahnte zu regem Versammlungsbesuch und zur eifrigen Mitarbeit; denn nur dann ist ein freundliches und nutzbringendes Arbeiten möglich. Anschließend gab Kamerad Olfers einen kurzen Ueberblick über den Baumarkt in Cuxhaven. Das Jahr 1930 habe noch verhältnismäßig gute Arbeitsmöglichkeiten gebracht. Wie das Jahr 1931 werden würde, ließe sich noch nicht sagen. Die neue Stadtvertretung, die mit Hilfe des einzigen Kommunisten einen stärkeren bürgerlichen, oder besser gesagt spießbürgerlichen Einschlag bekommen habe, setze mehrwürdigerweise alles daran, die bisher für den Baumarkt so erfolgreiche Tätigkeit der Bauhütte zu unterbinden. Obgleich die Stadtvertretung erst kurz vorher beschloffen hatte, nur hiesige Unternehmer zu berücksichtigen, soll jetzt, wo die Bauhütte in Frage kommt, ein Auswärtiger die Arbeit machen. Aber nicht nur bei Vergütung von Arbeiten wird der Kampf gegen die gemeinwirtschaftlichen Betriebe geführt, sondern auch bei der Bewilligung von Hauszinssteuermitteln. Redner gab noch eine ganze Reihe interessanter Einzelheiten bekannt, die mit Klarheit zeigten, mit welchen Mitteln das reaktionäre Bürgertum, einschließlich natürlich der Nazis, die Entwicklung der Stadt hindert und den Baumarkt schädigt. Nach Erledigung interner Zahlstellenangelegenheiten fand die Versammlung ihren Abschluß.

Flatow. Am 9. Januar fand unsere Generalversammlung statt. Die Versammlung war gut besucht. Der Vorsitzende, Kamerad Beckmann, eröffnete die Versammlung und gab die aus drei Punkten bestehende Tagesordnung bekannt. Zu Punkt 1 gab der Vorsitzende den Jahresbericht und führte aus, daß das Wirtschaftsjahr 1930 sich sehr ungünstig auswirkte. Große Arbeitslosigkeit war die Begleiterscheinung, die sich oft verheerend auf

die Arbeiterschaft auswirkte. Mit dem Wunsche, es möge die Zukunft sich besser gestalten, schloß der Vorsitzende seinen umfangreichen Bericht. Der Kassierer erstattete den Kassenbericht vom vierten Quartal 1930. Der Revisor bestätigte, daß sich Kasse und Bücher in bester Ordnung befanden und beantragte Entlastung des Kassierers. Hierauf wurde dem Kassierer einstimmig Entlastung erteilt. Der Kassierer gab dann noch einen ausführlichen Bericht über Einnahmen und Ausgaben im Jahre 1930. Die Einnahme betrug 1444,70 M. An bezugsberechtigten erwerbslose Kameraden wurden insgesamt für 1141 Tage 1336 M gezahlt. Für Rechtsstuch wurden 10,50 M gezahlt. Zu Weihnachten erhielten 43 Kameraden insgesamt eine Sonderunterstützung von rund 273 M. Die Mitgliederzahl betrug am Schlusse des Jahres 70, davon 8 Lehrlinge. Kamerad Damps gab noch einen Ueberblick über die Zahl der beschäftigten Kameraden im Sommerhalbjahr. Als Stichtag galt der 25. August. Am genannten Stichtage standen 5 Poliere, 28 Gesellen und 10 Lehrlinge in Arbeit, während die übrigen Kameraden arbeitslos waren. Die am 6. Oktober vorgenommene Bücherkontrolle hat ergeben, daß bei einigen Kameraden Reststuch zu verzeichnen waren. Kamerad Damps ermahnte die Kameraden, künftig ihre Beiträge regelrecht zu entrichten, um dadurch die Geldebeträge früher an die Zentralkasse abführen zu können. Hierauf erfolgte die Neuwahl des Vorstandes. Der erste Vorsitzende, der Kassierer und der Schriftführer wurden einstimmig wiedergewählt. Kamerad Beckmann dankte für das Vertrauen, das dem Vorstand von der Versammlung geschenkt worden ist und versprach, seine ganze Kraft im Interesse des Verbandes und der Kameraden einzusetzen. Hierauf wurde die von gutem Gewerkschaftsgeist getragene Versammlung geschlossen.

Großenhain. (Jahresbericht.) Die Zahlstelle hielt am 11. Januar im Gewerkschaftshaus ihre Generalversammlung ab. Der Vorsitzende erstattete einen umfassenden Jahresbericht und hob besonders hervor, daß die Arbeitslosigkeit im Zahlstellengebiet als sehr hoch zu bezeichnen war. Im ganzen wurden 8 Versammlungen abgehalten, in denen zum größten Teil interessante Vorträge gehalten wurden. Nach Erstattung des Kassenberichts wurde dem Kassierer einstimmig Entlastung erteilt. Die Wahl des Vorstandes ergab keine wesentlichen Änderungen. Nach Bekanntgabe des Versammlungskalenders und Besprechung einiger lokaler Angelegenheiten fand die Versammlung ihren Abschluß.

Hammer. (Jahresbericht.) Das Jahr 1930 war für unser Zahlstellengebiet sowie für das gesamte rheinisch-westfälische Industriegebiet ein Jahr der größten Wirtschaftskrise. Weder hier am Orte noch auswärts war es einem großen Teil unserer Kameraden möglich, Arbeit zu bekommen. Durch die schlechte Beschäftigungsmöglichkeit erreichten viele Kameraden nicht die Anwartschaftszeit in der Arbeitslosenversicherung, und sie müssen aus der öffentlichen Wohlfahrt unterstützt werden. In Versammlungen haben 12 ordentliche und eine außerordentliche stattgefunden. Vom Gauvorstand waren im Berichtsjahr zweimal Kamerad Schröder und einmal Gauleiter Kamerad Janzen, anwesend. Der Versammlungsbesuch ließ zu wünschen übrig und es wäre zu hoffen, daß die Kameraden im kommenden Jahr sich mehr am Verbandsleben beteiligen. Es fanden weiter 4 Vorstandssitzungen und eine Platzdelegiertenversammlung statt. Zu größeren Arbeitsgerichtsprozessen ist es im Berichtsjahr nicht gekommen. Die entstandenen Streitigkeiten wurden in 4 Sitzungen der Schlichtungskommission beigelegt. Eine Klage beim Arbeitsgericht ist noch nicht zum Abschluß gekommen. Alle Funktionäre haben im Berichtsjahr voll und ganz ihren Mann gestellt, und deshalb ist es angebracht, von dieser Stelle aus ihnen den Dank der Zahlstelle abzustatten.

Justerburg. (Jahresbericht.) Die Zahlstelle hielt am 11. Januar ihre Generalversammlung ab. Aus dem Geschäftsbericht des Vorsitzenden war zu ersehen, daß ein hartes Jahr hinter uns liegt. Die kapitalistische Wirtschaftskrise hat die Not der Arbeiter ins Angefeure gesteigert. Wohin wir blicken, Stillstand und Rückschritt. Es handelt sich nicht um eine Krise eines politischen Systems, sondern um eine Krise des Kapitalismus, der herrschenden Wirtschaftsform. Sie zeigt sich in steigendem Maße unfähig, Produktion und Konsumtion, Herstellung und Verbrauch in Einklang zu bringen. Die geschwächte Kaufkraft beschlossener Massen nimmt die Menge an Gütern nicht mehr auf, die eine verbesserte Technik auf den Markt wirft. Erst eine planmäßig-sozialistische Bedarfswirtschaft mit Regelung der Arbeitszeit und Arbeiterzahl nach den Bedürfnissen der einzelnen Industrien an Stelle der Privatwirtschaft wird diesen Abgrund überbrücken können. Die Reichstagswahlen am 14. September haben durch das Anwachsen des Nationalsozialismus die politische Macht des Kapitalismus vermehrt. Auf allen Gebieten versucht man die Werktätigen zurückzudrängen. Abbau der Löhne, Erhöhung der Steuerlasten, Abbau des sozialen Versicherungsschutzes ist das Ergebnis. Dennoch stehen die Organisationen der Arbeiterklasse, trotz nationalistischer Angriffe, in ungebrochener Kraft da. Das Baujahr 1930 könne als außerordentlich schlecht bezeichnet werden. Vergleicht man die Erwerbslosenziffern der baugewerblichen Arbeiterorganisationen, so findet man, daß die Arbeitslosigkeit fast doppelt so groß gewesen ist wie im Vorjahr. Selbst im günstigsten Baumonat, im Juli, seien die Kameraden erwerbslos gewesen. Im Zahlstellengebiet haben viele Kameraden nur vier bis fünf Wochen gearbeitet. Durch diese Arbeitslosigkeit gehen auch natürlich die Kassenbestände der Lokale sowie der Zentrale rapide rückwärts. Trotzdem hat der Zentralvorstand unsern ausgefeuerten Mitgliedern eine Weihnachtsunterstützung gewährt. Wir konnten 112 Kameraden zu Weihnachten eine Freude bereiten. Für die Organisation war das Arbeitsfeld 1930 sehr rege. Die Versammlungen waren insgesamt von 950, die Veranstaltungen von 683 Kameraden besucht. Der Mitgliederbestand beträgt 214 einschließlich Lehrlinge. Alsdann erstattete der Kassierer den Kassenbericht vom 4. Quartal. Trotz hoher Ausgaben (Weihnachtsfest) konnte ein Lokalkassenbestand von 123,05 M verbucht werden. Die Revisoren bestätigten die Nichtig-

keit der Abrechnung, worauf dem Kassierer Entlastung erteilt und ihm der Dank der Versammlung ausgesprochen wurde, für seine aufopfernde Tätigkeit. Darauf wurde von der Versammlung Wiederwahl des gesamten Vorstandes beantragt; andere Vorschläge waren nicht vorhanden, somit wurde der Vorstand in seiner bisherigen Zusammensetzung gewählt. Kamerad Steinbiß dankte im Namen des Vorstandes der Versammlung für das entgegengebrachte Vertrauen. Nach Erledigung örtlicher Angelegenheiten wurde mit einem kräftigen Hoch auf den Zentralverband die Versammlung geschlossen.

Küstrin. Am 11. Januar hielt die Zahlstelle ihre Jahreshauptversammlung ab. Der Vorsitzende, Kamerad Poffin, eröffnete die Versammlung mit dem üblichen Neujahrswunsch und gab die Tagesordnung bekannt. Zu Punkt Jahresbericht wurde von beiden Vorsitzenden die Lage des Verbandes sowie der Zahlstelle im verfloffenen Jahre geschildert. Die Ausführungen wurden von der Versammlung mit großem Interesse entgegengenommen. Zu Punkt 2 wurde vom Kassierer, Kamerad Klink, der Kassenabluß vom vierten Quartal bekanntgegeben. Die Revisoren bestätigten der Versammlung, daß die Kasse geprüft und alles in bester Ordnung sei. Hierauf wurde die Entlastung des Kassierers beantragt. Der Antrag fand Annahme. Des weiteren wurde der Kartellbericht bekanntgegeben. Mit Ausnahme der Revisoren und der Kartelldelegierten, die befürworteten, auch einmal jüngere Kameraden zu diesen Posten heranzuziehen, erfolgte Kameradwahl des gesamten Vorstandes. Zu Punkt „Verschiedenes“ wurde vom Schriftführer das Protokoll von der Erweiterter Vorstandssitzung, die im Dezember tagte, bekanntgegeben, die beschloffen hat, dem Gewerkschaftskartell der Arbeiterbewegung 50 M zur Verfügung zu stellen. Einige Kameraden schilderten die politische Lage und führten der Versammlung vor Augen, welche Gefahren der gesamten Arbeiterschaft drohen, wenn wir nicht geschlossen marschieren. Es kam zur Abstimmung, diese ergab, die 50 M aus der Lokalkasse dem Kartell zu zahlen. Nachdem alle Angelegenheiten der Zahlstelle Erledigung fanden, konnte der Vorsitzende die gut besuchte Versammlung schließen.

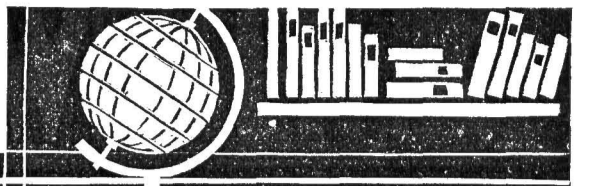
Labiau i. Ostpr. Am 18. Januar fand unsere Generalversammlung statt. Zu Punkt 1 erstattete der Kassierer den Kassenbericht vom 4. Quartal. Der Kassenbestand war vom Vorsitzenden und den beiden Revisoren geprüft und für richtig befunden. Dem Kassierer wurde daraufhin Entlastung erteilt. Anschließend gab der Kassierer einen Ueberblick der Kassenverhältnisse vom ganzen Jahr. Die Erwerbslosigkeit der Kameraden macht sich auch an den Einnahmen der Zentralkasse bemerkbar, da nur die Hälfte der Einnahmen als die im vorigen Jahre zu verzeichnen waren. Zu Punkt 2, Wahl des Vorstandes, wurde der Antrag auf Wiederwahl des Gesamtvorstandes gestellt. Dieser Antrag wurde einstimmig angenommen. Der Vorsitzende dankte im Namen des Vorstandes den Kameraden für das entgegengebrachte Vertrauen. Im Punkt Verbandsangelegenheiten wurden die Kameraden über das Einziehen der Kopfsteuer aufgeklärt. Dem dritten Teil der Kameraden unserer Zahlstelle ist es nicht möglich gewesen, die Anwartschaft zur Erwerbslosenunterstützung zu erfüllen. Des weiteren wurde noch eingehend über den Ablauf des Reichs- und Bezirksarbeitsvertrages gesprochen und gefordert, daß alles versucht werden muß, um die vom Unternehmertum geplanten Verschlechterungen abzuhalten. Hierauf war Schluß der Versammlung.

Langenjalza. Unsere von 22 Kameraden besuchte Generalversammlung fand am 13. Januar statt. Den Jahresbericht erstattete der Vorsitzende, Kamerad Franck. Er ermahnte die Kameraden, auch in Zukunft recht zahlreich die Verbandsveranstaltungen zu besuchen. Die Bestimmungen des Bezirksarbeitsvertrages, der nicht für allgemein verbindlich erklärt wurde, erläuterte der Vorsitzende in seinen Ausführungen. Die Lohnabbauaktion der Unternehmer müssen die Kameraden abwehren. Es ist dringend notwendig, daß sich alle Kameraden mehr um die Verbandsangelegenheiten kümmern. Zur Zeit sind rund 90 % aller Kameraden erwerbslos. Die Finanzlage in der Lokalkasse gestattete es nicht, an durchreisende Kameraden ein Lokalgeldent zu verabreichen. Der seitherige Vorstand wurde wiedergewählt.

Lauban i. Schl. (Jahresbericht.) Das verfloffene Jahr stand auch in unserer Zahlstelle im Zeichen der allgemeinen schweren Wirtschaftskrise. Es ist zu verzeichnen, daß 16 Kameraden das ganze Jahr überhaupt ohne Zimmerarbeit blieben und nur 4 Kameraden haben mit 26 Wochen Arbeit ihre Anwartschaft bei der Arbeitslosenversicherung erreicht. Daher blieb auch unsere Agitation, die alljährlich doch immer einen kleinen Erfolg brachte, ohne Ergebnis. Ein Rückgang in der Mitgliederbewegung erfolgte nicht, trotz der schweren Krise. Es haben stattgefunden 12 Versammlungen, davon wurden 4 in den Wintermonaten durch Bildungsvorträge besonders belehrend und werbend für unsere Bewegung ausgestattet. Der Besuch der Versammlungen war in den Wintermonaten gut, stauete im Sommer ab und betrug durchschnittlich 25,6 %. Gegen 1929 ist eine Erhöhung zu verzeichnen von 5,6 %. Der Vorsitzende nahm an der Gaukonferenz in Görlitz und am Jugendleiterkursus in Dresden teil. Der Mitgliederbestand betrug zu Anfang des Jahres 101, davon 19 Lehrlinge, am Jahresabluß ebenfalls 101, davon 13 Lehrlinge. Unser Lokalkassenbestand ist als gut zu betrachten, er betrug am Schlusse des vierten Quartals 1929 825,08 M, am 1. Januar 1931 333,46 M. Die starke Verminderung des Kassenbestandes ist durch eine im Februar und März 1930 durchgeführte Lokalunterstützung an ausgefeuerten Kameraden entstanden. Der alte Vorstand wurde in der Generalversammlung einstimmig wiedergewählt. Ein heisser Punkt ist noch die Jugendbewegung und besonders die Jugendleiterfrage; es ist bis jetzt leider noch nicht möglich gewesen, einen Kameraden für dieses Amt zu bewegen. In der Hoffnung, daß durch weiteres gutes Zusammenarbeiten aller Kameraden in unserer Zahlstelle die fernere Entwicklung unseres Verbandes in der bisherigen Weise unterstützt wird, wurde die Versammlung geschlossen.

(Fortsetzung der Berichte auf Seite 54.)

UNTERHALTUNG WISSEN



Geschichte von der revollierenden Verbandsmarke

Warum sollte also nicht auch die Verbandsmarke einmal revollieren? Sie hatte es schließlich ebenso wie viele der kleinen alltäglichen Naturen richtiggehend satt getriegt, immer das gleiche beklederte — oder in diesem Falle bekleisterte — Dasein Woche um Woche zu fristen.

Man muß nämlich wissen, daß diese gemeinte, rot-gemusterte Verbandsmarke schon etliche Jahrzehnte auf dem Buckel — Verzeihung: auf dem Kleisterbauch — hatte. Und so wird denn menschlich durchaus zu verstehen sein, daß sie also einmal von ihrem elementarsten gewerkschaftlichen Recht entsprechend Gebrauch machen wollte, das bekanntlich gehörig zu stänkern heißt.

Zwar konnte sie sich nicht, wie wir es sonst zu tun pflegen, dabei damit herausreden: Wozu zahle ich denn meine Beiträge? Sie wandte also die sophistisch grammatikalische Beweglichkeit eines gut deutschen Staatsanwaltes in einem völkischen Prozeß an und verschob die Rechtsbelange, indem sie sagte: Wozu wurde ich bezahlt?

Und da begann denn schon das Verhängnis für sie. Täuschen wir uns nicht: solche kleinen Wirklichkeitsverdrehungen zugunsten einer künftlichen Aktion tragen immer in sich versteckt den Kraßfuß eines nahen Zusammenbruchs. Also erging es vorschrittmäßig nach allen ökonomischen und gesellschaftlichen Gesetzen auch unserer besagten Verbandsmarke.

Die Sache selbst begann auch hier mit einer bloßen Zufälligkeit, wie sie das Zusammentreffen von zwei sonst scheinbar nichtigen Ereignissen mit sich bringt. Nämlich erstens war unsere Marke dadurch der Gleichmäßigkeit ihres Erlebens im Schubkasten eines Küchenschrankes plötzlich entrisen worden, indem sie eines Abends verständlicher Umstände wegen buchbeleidet in der Tasche eines an sich durchaus braven Gewerkschaftsfunktionärs in das Gewerkschaftshaus mitwanderte, wo die wieder einmal fällige Generalversammlung (verbunden mit der wieder einmal fälligen Stänkerei) stattfand.

Na also — das Zweite kann man sich doch denken, nicht wahr? Eine Organisation ohne Opposition ist überhaupt keine Organisation. Und eine Opposition ohne — (na, auch das weiß man) ist keine Opposition.

„Bravo“, schrie die Marke folglich in ihr verzacktes Oberhirn ob solcher lieblicher Töne, die da gelafsen wurden. „Das ist es. Wir müssen die revolutionäre Welle weitertreiben und dem Reformismus einmal heiße Leibumschläge machen.“

„Feste“ — jubelte bei dieser Neußerung von der Oppositionsseite da unsere Marke mit. — heiße Leibumschläge, dann geht die revolutionäre Erhebung endlich los und ich höre auf, nur ein bongotratistisches Kleisterpapier zu sein. Richtig, wir müssen einen neuen Verband gründen.“

Und darüber kam sie so in Erregung und Begeisterung, daß sie sich in Gegensatz zu dem bisher in Treue verbundenen Verbandsbuch stellte und als erste sich ablöste von der reformistischen Linienatur ihrer Kollegen.

Ich werde dann also den Einheitsverband revolutionärer Verbandsmarken gründen, beschloß sie und stimmte auf ihre entsprechende Resolution einstimmig dafür. Daß sie ja nur dabei allein war, änderte nichts an der Tatsache, die, wenn sie einem Arbeiterkorrespondenten zu Ohren gekommen wäre, sicher in einem revolutionären Blatt gebührende Würdigung gefunden hätte.

„Die Einheitsfront steigt“, triumphierte auf dem Nachhauseweg die Marke, obwohl dieses Steigen eigentlich ein Fallen war. Denn nachdem sie sich aus dem Verbandslieben gelöst hatte und bei irgendeiner Gelegenheit (allerdings ohne revolutionären Plan) den schönen Deckel des Verbandsbuches verlassen hatte, rutschte sie einmal zunächst in eine Ecke des Taschensutters, die man durchaus richtig als den Boden der gegebenen Taschen bezeichnen kann.

Damit war eigentlich schon der wesentlichste Teil ihrer revolutionären Aktion erfüllt. Denn verdammt: das Verbandsbuch und was da sonst noch an Papieren in der Tasche ihres Trägers vorhanden war, kümmerten sich herzlich wenig um unsere tatendürstige Marke und gingen auch weiterhin den allgewohnten, sicheren Weg. Also zurück in den Küchenschrankkasten und von dort aus wieder ordnungsgemäß jede Woche einmal in die Hand des Kassierers zu forreter Pflückerfüllung.

Darüber gröhlte unsere Marke. Na ja, kennen wir — obwohl doch eigentlich die Einheitsfront unentwegt weiterbestand und bereits ein benachbarter abgefahrener Straßenbahnfahrtschein schon ein Duzend Sympathieresolutionen für die geschlossene Phalanx zu Wege gebracht hatte. Aber das genügte der Marke nicht, damit ging es nicht weiter. Es war eben Ebbe geworden und kurzerhand (oder auf höhere Anordnung?) kündigte die Marke dieses Bündnis wegen ultralinker Tendenzen des inzwischen schon zweimal gespalteneren Fahrtscheines.

Im Laufe der Zeit wurde sie dann immer tiefer in die Ecke gedrückt durch neue, zeitgestaltende Ereignisse, die zum Beispiel aus Flugschriften und Material bestanden, die der Funktionär von den Sitzungen der verschiedenen Arbeiterorganisationen in seiner Tasche mitbrachte. Erklärlich, daß unsere inzwischen langsam ergrauende Marke aus ihrer Abseitigkeit noch immer dieselbe Parole bei jeder sich bietenden Gelegenheit herunterleierte und, weil sie kein Gehör je wieder fand, schon taktische Erwägungen anstellte, ob man nicht neben der Einheitsfront der getränkten Leberwürste auch eine Einheitsfront aller vereinsamten Querulanten gründen müsse.

Aber dazu kam es nicht mehr. Was kam, war eines Tages ein großes, scharfes Trennmesser, das säuberlich Stück um Stück des Erden-

reiches unserer vergessenen Verbandsmarke auftrennte, um aus den noch brauchbaren Stoffteilen eben dieser weltgeschichtlichen Tacke ein paar durchaus sachlich nützerne Hosenböden einiger lebensfroher Jungen zu flicken.

Die arme Marke hat niemand wieder gesehen. Es sei denn, daß sie mit andern unbrauchbar gewordenen Papierstückchen über einen langen Umweg, der auch durch eine Papiermühle führte, wieder zu neuer Herrlichkeit erstand.

Vielleicht wieder als brave, neue, an der Zukunft mitbauende, freigewerkschaftliche Verbandsmarke — vielleicht aber auch als hakenkreuzgezeichneter Beitragsausweis. Des Menschen Weg ist bekanntlich ein seltsamer Weg. Warum soll da ausgerechnet nicht auch eine revolutionäre Verbandsmarke — ?

Sobiel sei noch berichtet: als später gelegentlich ein treuer, alter Funktionär des Verbandes zurückschauend und das Vergangene nacherlebend sein Verbandsbuch durchblättern, entdeckte er das Fehlen dieser einen Marke. Wohl störte dieser Verlust ihn keineswegs in seinen erworbenen und verbuchten Rechten, aber immerhin, es machte ihn doch etwas traurig, und beschloß, für die Zukunft noch besser auf sein Verbandsbuch zu achten.

Otto Ziese.

In der Tasman-See

Es gibt kein Ziel auf dieser weiten Fahrt. Ist eine Ferne erst erreicht, lockt eine neue, mehr als der halbe Erdball ward umrundet und vieler Meere Wasser nestte meine Lippen.

Der Sonne Auf- und Niedergänge waren seltsam nah, die ewigen Wellen rauschten vor dem Eisenbug durch Nächte, Tage, Wochen, Monde unaufhörlich, und vieler Schiffe Planken trugen mich auf ihrem Rücken.

Ich sah die Eitelkeit der Welt in allen Fugen und wie die Zeit zu Narren macht die Menschen, im Schläse hörte ich die Schraube wühlen, litt Stürme, Kälte, Tropenluft und Fieber.

Und unter fremder Himmel großen Sternen — Ostindiens Glanz, Australiens Busch und Meere, Sumatras Wildheit, Ceylons knibliches Gelände — war ich allein mit mir und meinem Schicksal.

Jetzt wieder treibe ich seit neunzig Stunden durch diese wilde See zu einem neuen Ziel: des Südpols eisige Winde blasen schneidend, und ächzend rollt das mächtige Schiff.

Kurt Offenburg.

Einer stirbt im Pazifik

Es wurde furchtbar geheim gehalten. Man redete zwar davon, daß einer, Ende der Fünzig, unten in seiner Kabine sehr krank sei. Herzschwäche. Dann hieß es, vielleicht werde Townsville (Ostküste Australiens) angelaufen, um ihn ins Krankenhaus zu geben.

Townsville wurde passiert, 40 Meilen ab. An einem klaren Septembertag; grün die See. Bordspiele vom Morgen bis zur Dämmerung. Jeden Mittag ein Wetten um Geld, wieviel Meilen das Schiff in den letzten 24 Stunden gemacht habe. Kleine Kajerei von Habgier, Flirt und Alkohol. Am Abend große Dinertablette. Dann Tanz auf Deck, Jazzmusik aus einem plärrenden Gramophon: — und unten lag einer. Ein Passagier, eine Nummer nur in den Schiffsbüchern.

Einer: ein Gatte, ein Vater, auf den vier Kinder in Sydney warten. Er ist unterwegs von Singapore her, kam schon matt an Bord. Kurz vor Samarang wirft es ihn um. Er liegt elend in seiner Koje; der Arzt ist um ihn, versucht zu lindern. Vier Tage noch, dann wird er zu Hause sein. Die Nähe der Seinen wird helfen: das ist die beste Medizin.

Funktelegramme hin und her. Zwischen Schiffsleitung und Angehörigen. Meldung des Befindens, besorgte Anfragen. Der Mediziner sagt: Exitus.

Exitus: heute früh 1.57 Uhr.

Einige Kabinen weiter stirbt einer. Ich lag noch wach in der Koje, schrieb. Ein böses Anruhigsein war in mir, wie noch in keiner Nacht während dieser langen Reise. Ich wußte nicht, daß einer im Sterben lag; wußte nur, daß wir durch gefährliche Wasser führen, durch das Große Barrieren-Riff. Mehr nicht. . . . Kein Schlaf, die Gedanken — seltsam, wird man alt? — suchten die letzten Dinge. Umkreisten sie, hartnäckig, unaufhörlich.

Und ganz dicht bei, nur durch etliche Blechwände getrennt, starb einer.

Heute mittag haben sie ihn begraben. Um ein Uhr, als alle bei Tisch saßen.

Saben ihn in einen Sack gesteckt, vierzig Kilo altes Eisen dazu. (Das gibt das nötige Gewicht, die raschere Abfahrt in die ewigen Fischgründe.) Der Tote im Sack mit den verrosteten Eisenbrocken an den Füßen — er lag auf dem Brett.

Vierzig Meilen weiter draußen, ab vom Kurs und fern von der Küste wurden die Turbinen gestoppt. Das Schiff stand. Der Kapitän spielte Priester, las einen Vers aus der Bibel. Zwei Passagiere standen stumm dabei. Und die Steuerleute, feierlich in Uniform.

Dann hoben vier Matrosen — Sundanesen — das Brett, stellten es schief. Der Sack glitt über die Keeling. . . . Der Pazifik, blaugrau, schluckte ihn. Den Sack mit dem Toten und den vierzig Kilo Alteisen dazu.

Alles ging rasch, lautlos. Die Turbinen begannen wieder zu drehen, die Schrauben wühlten, das Schiff bekam volle Fahrt. Ging auf den alten Kurs. (Der erste

Ingenieur wird den Extraölbverbrauch besonders buchen; es ist wie mit der Kohle; sparen und noch einmal sparen und doch volle Tourenzahl. Die Direktion führt Statistik, ein anderer lauert auf den Posten, will aufrücken.) Das Ganze von der Dauer weniger Minuten. Während die Passagiere, fünfzig Schritte entfernt, Roastbeef mit Artischofen aßen.

Drei Stunden später bin ich in der Kabine des Kapitäns Gespräch über alles mögliche, nur nicht über die Zeremonie.

Nachher ging er mit mir hinüber ins Kartenhaus. „Das bekommen die Angehörigen. Damit sie wenigstens wissen, wo er gestorben und begraben ist.“

Eine Teilkarte von der Ostküste Australiens. Eingezeichnet zwei Kreuze, genau auf den entsprechenden Länge- und Breitegraden, wo das Schiff nachts 1.57 Uhr und heute mittag war. Sie liegen schief herunter die Kreuze; das zweite war weiter draußen im Meer. In den Querbalken stand die Sterbe- und Begräbniszeit, genau auf die Minute.

Die Kreuze, sie waren mit Meißel gezeichnet. So sauber, als hätte unser Oberlehrer aus der Geometrie-Stunde dahinter gestanden.

„Das bekommen die Angehörigen. . . .“ Mehr blieb nicht übrig. Kein Vater, kein Gatte und keine — Hoffnung. Nur diese Karte mit den zwei Kreuzen.

Der Pazifik ist groß, ein Schiff winzig; was ist da schon ein Mensch? Kurt Offenburg.

Schriftsteller und Masse

Ein Franzose, Sainte-Beuve, brachte für die Arbeit eines geistig schaffenden, schreibenden Menschen einmal ein recht anschauliches Bild. Er verglich dieses Schaffen mit Anmengen Goldstaubes, die in Rutschalen verfrachtet sind und der Strömung dann überlassen werden.

Jedes ernste Blatt, das der Mensch in sein Haus bekommt, ist solcher Rutschale gleich. Es enthält Werte. In Stunden geistiger Spannung geworden. Zur Spannungserzeugung der Leser des Blattes bestimmt. Es enthält also etwas Anregendes, Förderndes für einen jeden. Und darum müßte jeder es aufnehmen, sich bereichern. Aber es ist schon so: viele Rutschalen, mit Gut beladen, werden von der Strömung hinweggetragen — ins Nichts.

Das Blatt deiner Gesinnung will in Ernst und Würde behandelt sein. Es ist eine Mischung geistigen Schaffens, wenn das Blatt nicht in allen seinen Teilen beachtet wird. Es ist nicht nur zum Schaden des einzelnen und zum Nachteile der Bewegung, sondern auch der Schaffende, der da schreibt, erhält immer neue Energien durch das Bewußtsein des Dienens seiner Arbeit am großen Werke.

Es ist so wie in der Kunst des Theaters. Es ist ein Märchen, sagt Max Reinhardt, daß der Spieler der Zuschauer je vergessen könnte. Die Masse ist erlebend und Erlebnis gebend, nehmend und selbst schöpferisch.

Dieses Wunderbare des Ergriffenseins des einen durch den andern, wie es ja auch bei einer packenden Rede vorhanden ist, das ist natürlich in solcher Weise nicht vorhanden zwischen dem Schreibenden und dem Lesenden. Aber dennoch ist da im Unbewußten des Schaffenden von schöpferischer Bedeutung das Verstandenwerden, das Bewußtsein des Suchens durch Menschen, des Dienens dadurch, daß das Wort nicht umsonst geschrieben wird.

So wie Goethe am leichtesten zum Reden zu bringen war, wenn er wußte, daß man mit ihm süßelte, so strömt das geschriebene Wort um so freudiger und um so erregter aus dem Innern, je mehr man bei denen, für die es bestimmt ist, nach ihm sucht.

Das Blatt deiner Gesinnung, deines Ringens und deines Glaubens gleicht der Bühne, die da bindet und zum Erlebnis etwas gestalten soll. Und darum muß die Achtung auch vor dem Verbandsblatt wachsen, sich vertiefen und verinnerlichen. Es muß mehr als bisher, aus dem Geiste geboren, zur Befreiung auch des Geistes dienlich sein — durch dich. Dr. Gustav Hoffmann.

Auf a bissel!

In der Wiener „Arbeiterzeitung“ lesen wir folgenden Gerichtsbericht:

Migi war die Freundin des Frijl, doch will sie jetzt nichts mehr von ihm wissen. Er hat sie nämlich gebissen. Nur, weil sie ihm gesagt hat: „Ruck a bissel!“, denn er lag bequem auf dem Diwan. Frijl soll für diesen Biß vom Fünfhäuser Strafrichter, Landgerichtsrat Dr. Delapina, eine Strafe bekommen. Er ist aber nicht erschienen. Nur Migi ist da und erzählt dem Richter: „Net, daß S viel leicht glauben, Herr Richter, i hab was ghabt mit eahm, es war nur a so a entfernte Bekanntschaft. Na ja, ablegen kann ich s net, daß er oft bei mir zu Besuch war, aber schlecht denken S net darüber, Herr Richter. O Muatta hat s eh a paarmal verboten, nämli dös Kommen von eahm, aber is do immer wieder kommen, und allerweil hat er mi ghaunt.“ — Richter: „Da müssen Sie aber schon sehr gut miteinander gewesen sein.“ — Migi (verlegen): „Na jo . . . abstreiten kann ich s ja net . . . halt gern ghehn hab i eahm, bis er mi bissen hat . . . Und dös war a so: mir war grad net recht gut, und er, der Frijl, liegt am Diwan. Sag i eahm: Ruck a bissel, laß mi zubirutschn, i möcht aa a bissl was von dem Diwan. Er ruckst net. Na, hab i eahm krast, aber nur a ganz klans bissl. Geht er net zue und beißt mi mit aller Gewalt in den Oberarm? A so hoch war i gschwolln. Viergehn Täg hab i mi verbinden müßn. I bit schön, tan S eahm bestrafen, daß er wagt, daß ma a Madl net so ohne weiteres beißen darf.“ Frijl erhielt 30 Schilling Geldstrafe.

Lübben-Steinkirchen. In der am 11. Januar stattgefundenen Generalversammlung gab der Kassierer die Quartalsabrechnung sowie den Jahresabschluss bekannt. Aus legerem war zu ersehen, daß die Zahlstelle über tausend Mark von der Zentrale erhalten hatte, für die Lokalkasse verbleibt ein Bestand von 110 M. Im Jahresbericht wies der Vorsitzende darauf hin, daß aus dem Jahresabschluss des Kassierers schon hervorgeht, wie stark die Ungunst der Wirtschaft und die große Arbeitslosigkeit auf der Zahlstelle gelastet haben. Fast sämtliche Kameraden wurden im Laufe des Jahres ausgesteuert. Vielen Kameraden war es nicht möglich, die 26 Wochen Anwartschaft für die Arbeitslosenfürsorge zu erfüllen. Und ein nicht gerade kleiner Teil der Kameraden müssen heute mit 8 bis 10 M. Wohlfahrtsunterstützung ihr Leben fristen. Hier war die Weihnachtsbeihilfe der Zentrale eine besondere Wohltat. Selbst die gehegten Hoffnungen auf die Krisenunterstützung gehen für die meisten Ausgesteuerten zu Wasser, weil ja leider nur Lübben und Steinkirchen zugelassen, andere ländliche Orte des Zahlstellengebietes aber davon ausgeschlossen sind. Die folgenden Wahlen brachten keine besonderen Veränderungen in der Besetzung des Vorstandes. Zu den Wahlen der Kartelldelegierten nahm der Vorsitzende des Ortsausschusses, Kollege Frank, das Wort zu einigen Ausführungen. In Zahlstellenangelegenheiten wurden die beiden Kameraden Jungmann, Paul, und Dreyer, Hans, für ihre 25jährige Treue und Tätigkeit im Verband durch Ueberreichung des dafür von der Zentrale geschaffenen Diploms geehrt. Der Vorsitzende ermahnt besonders die jüngeren Kameraden, es den beiden Jubilaren nachzumachen. Die Versammlung beschloß noch einige lokale Unterstützungen. Im April soll ein Stiftungsfest gefeiert werden, die Ausschmückung hat das dafür gewählte Festkomitee zu besorgen. Am 8. Februar findet ein Vortrag mit Lichtbildern statt; es sind sämtliche Kameraden mit Frauen dazu eingeladen. Nach dem Schlusswort des Vorsitzenden wurde die von 41 Kameraden besuchte Generalversammlung mit einem Hoch auf den Zentralverband geschlossen.

Löbau i. Sachsen. Am 25. Januar fand unsere Hauptversammlung, verbunden mit dem 25jährigen Zahlstellenjubiläum, statt. Der Besuch war sehr zahlreich. Gauleiter Kamerad Köhler hielt ein interessantes Referat über „Wirtschaftskrise und Gewerkschaftsarbeit“. In gewandter Rede schilderte er die Ursachen der herrschenden Wirtschaftskrise. Weiter eingehend auf die Lage des Baumarktes und die Auswirkung der letzten Reichstagswahl mit der gegenwärtigen Arbeitslosigkeit in Einflang zu bringen, gelang dem Redner ausgezeichnet. Durch den vorgetragenen Preisabbau soll nur ein Lohnabbau erzielt werden. Aber durch Festigung der Organisation können Lohn- und Arbeitsbedingungen günstig erhalten bleiben. Auf die Entwicklungsgeschichte der Zahlstelle eingehend wurde erwähnt, daß am 5. Dezember 1905 die Zahlstelle Löbau unter der Leitung des damaligen Gauvorstandes Rösch, Dresden, im „Goldnen Schiff“ in Löbau gegründet wurde. In den ersten Jahren war es eine kleine Schar, die das Leben der jungen Zahlstelle aufrechterhielt, heute sind es 165 Kameraden, die die Notwendigkeit des gewerkschaftlichen Zusammenschlusses erkennen. An der Agitation hat es die ganzen Jahre hindurch nicht gefehlt, auch an der Durchführung des Bauarbeiterchubes ist fleißig gearbeitet worden. Mit Ausnahme der allgemeinen Aussperrung im Jahre 1910 wurden größere Bewegungen nicht geführt. Von den gesamten Mitgliedern sind vier Kameraden, die als Gründer und Jubilare zurückblicken können, anwesend, es sind das die Kameraden Paul Viebrauch, Julius Kern, Hermann Wolf und Reinhold Richter. Zu Ehren der Gründer und Jubilare überreichte der Gauleiter jedem im Namen des Zentralvorstandes ein gerahmtes Diplom für 25jährige treue Verbandsangehörigkeit. Ein Hoch auf Kameradschaft und Verband beschloß die einfache Feier. — (Jahresbericht.) Die Hoffnung auf bessere Zeiten hat uns stark enttäuscht, das vergangene Jahr stand völlig im Zeichen der Arbeitslosigkeit. Die meisten Kameraden sind ausgesteuert, deshalb wurde die zentrale Weihnachtsunterstützung sehr begrüßt und dafür der Betrag von 1027,80 M. ausgegeben. Die Zahlstellengeschäfte wurden in drei Versammlungen und drei Vorstandssitzungen erledigt. Klagen vor dem Arbeitsgericht waren zwei zu vertreten. Der Bezirk Weisenburg besteht seit 1911 und ist der Zahlstelle Löbau angegliedert. Der Bezirk hatte mit sehr schwierigen Verhältnissen zu rechnen. Der Bezirk ist mit sehr vielen Zimmerern bewohnt. Es sind insgesamt 53 Zimmerer, von denen 41 organisiert sind, die übrigen zwölf besitzen zum Teil größere Landwirtschaft und geben nur zeitweise dem Zimmerberuf nach. Dadurch sind im verfloffenen Jahre größere Lohndifferenzen entstanden, wobei es sogar zum Streik kam und die Gauleitung eingreifen mußte. Durch Agitation wurde im verfloffenen Jahre ein Mitglied gewonnen. Es ist zu hoffen, daß, wenn die Beschäftigungsmöglichkeit besser wird, die noch Fernstehenden ebenfalls dem Verbandszugehörigkeit werden können.

Marienburg in Westpreußen. Eine reichhaltige Tagesordnung hatte unsere Generalversammlung, die am 11. Januar stattfand, zu erledigen. Der Kassierer gab die Abrechnung bekannt, die trotz alledem als zufriedenstellend anzusprechen ist. Der Vorsitzende, Kamerad Rahn, erstattete den Jahresbericht. Es galt, eine Menge von Arbeiten zu erledigen. Insgesamt haben 11 Mitglieder Versammlungen, 5 Vorstandssitzungen und 5 Lehrlingsversammlungen stattgefunden. Zur Durchsetzung unserer Forderungen mußte das Arbeitsgericht in 6 Fällen angerufen werden. Eine Klage wurde zurückgezogen und fünf Klagen wurden gewonnen. Die Schlichtungskommission mußte in drei Fällen tagen. Der Vorsitzende habe als Arbeitsrichter mitgewirkt. Der Geschäftsverkehr mit der Zahlstelle sei sehr rege gewesen. Insgesamt sind rund 241 Briefe, Postkarten und sonstige Drucksachen eingegangen. Zur Erledigung des Schriftwechsels war eine Menge Arbeit notwendig. In seinen weiteren Ausführungen ging der Vorsitzende auf die Entwicklung der Sozialpolitik, besonders aber auf die Auswirkung der Mietverordnung ein. Es wurde scharfe Kritik an den Stellen geübt, die für die Verschlechterungen auf dem

Gebiete der Sozialpolitik verantwortlich sind. Es sei dringend notwendig, daß die Kameraden sich mehr als in der Vergangenheit am Gewerkschaftsleben beteiligen. Der Vorsitzende konnte auf eine zehnjährige Tätigkeit zurückblicken. Allezeit hat er das Vertrauen der Kameraden genossen. In Anbetracht der guten Arbeit wählten die Kameraden den seitherigen Vorstand wieder. Der Gauleiter, Kamerad Finsel, der ebenfalls anwesend war, referierte über die Wirtschaftslage Deutschlands. In ausführlicher Weise behandelte der Redner dieses Thema. Er schilderte die Ursachen der Wirtschaftskrise, das Ergebnis der Reichstagswahl und die Veränderungen auf dem Kapitalmarkt. Dem Unternehmertum komme es darauf an, die herrschende Arbeitslosigkeit günstig auszunutzen. Der Vortrag des Kameraden Finsel wurde mit Beifall aufgenommen. In der Diskussion wurde die nationalsozialistische Bewegung einer Kritik unterzogen. Alle Redner hoben hervor, daß diese Bewegung im höchsten Grade arbeiterfeindlich sei. Einige Anfragen konnten zur Zufriedenheit der Kameraden beantwortet werden. Mit einem Appell des Vorsitzenden an die Kameraden, die Versammlungen besser zu besuchen und im neuen Jahre aufs engste mit dem Vorstand zusammenzuarbeiten, wurde die Versammlung mit einem dreifachen Hoch auf unsern Zentralvorstand geschlossen.

Mittweida, Sa. Unsere Generalversammlung tagte am 18. Januar. Der Vorsitzende verlas zunächst die Eingänge des vergangenen Monats. In einem Kursus der Volkswirtschaftsschule haben sich auch in diesem Jahr zwei Kameraden zu beteiligen. Im Jahresbericht behandelte der Vorsitzende die äußerst schlechte wirtschaftliche Lage, die sich auch im Zahlstellengebiet bemerkbar gemacht hat. Der Mitgliederbestand beträgt 139, davon sind 18 Lehrlinge. Dem Kassierer wurde einstimmig Entlastung erteilt. Der hiesige Ortsausschuß hatte sich schon seit längerer Zeit mit der Gründung eines Jugendkartells befaßt. Es ist nun so weit, daß die erste Sitzung stattfinden kann. Kamerad Bod gab einen kurzen Bericht über die Modellerabende der Lehrlinge, die hiesige Jugendherberge und die unserer Zahlstelle angegliederte Zimmererkrankenkasse. Die Vorstandswahl ging glatt vonstatten, da sämtliche Kameraden einstimmig gewählt wurden. Der bisherige Kassierer Zerch legte sein Amt nieder. Ihm sprach sein Nachfolger, Kamerad Graf, im Namen aller, für seine zur Genüge bewiesene Treue den Dank aus. Die Wohnung des neuen Kassierers ist Dreiverdener Weg 51. Dort haben sich alle erwerbsloswerdenden Kameraden unverzüglich zu melden. Es wurden dann noch zwei Kameraden als Delegierte in den Ortsausschuß und einer als Treuhänder in die Volkshauskommission gewählt. Der bisherige Kassierer soll für Licht, Heizung und Reinigung der Räume 10 M. erhalten. Die Kameraden stimmten diesem Antrag einstimmig zu. Mit einer Aufforderung an die Kameraden, sich noch zahlreicher an den Versammlungen zu beteiligen, schloß der Vorsitzende die Generalversammlung.

Neudamm. Am 18. Januar fand unsere Jahresversammlung statt, die gut besucht war. Kamerad Seelig, der schon 31 Jahre als Vorsitzender unserer Zahlstelle fungiert, erstattete einen ausführlichen Jahresbericht. Im Berichtsjahre fanden statt: 11 Monatsversammlungen, 12 Kartellsitzungen, 4 kombinierte Sitzungen und 15 Vorstandssitzungen. Anschließend erstattete der Kassierer den Rassenbericht vom vierten Quartal. Aus dem Rassenbericht war zu entnehmen, daß die Rassenführung in den besten Händen liegt und durch Bestätigung der Revisoren wurde dem Kassierer einstimmig Entlastung erteilt. Die einstimmige Wiederwahl des gesamten Vorstandes bewies, daß derselbe auch das Vertrauen im neuen Jahre genießt. Der Kassierer gab einen Bericht über die Tätigkeit des Kartells, auch hieraus war zu entnehmen, daß eine rege Tätigkeit geübt worden ist. Nun nahm Kamerad Krause, Frankfurt a. d. O., das Wort zu einem Vortrag über Weltwirtschaft und Weltwirtschaftskrise. Die Ausführungen wurden mit regem Interesse verfolgt, und von den Kameraden wurde der Wunsch geäußert, öfter solche Vorträge auf die Tagesordnung zu setzen, denn nur dadurch sei es möglich, Aufklärung in den Reihen der Mitglieder zu schaffen. Im Schlusswort behandelte der Redner noch verschiedene Fragen zur Zufriedenstellung der Versammlung. Unter „Verschiedenes“ appellierte der Vorsitzende an die Kameraden, alles einzusehen, um den kommenden Schwierigkeiten gewachsen zu sein. Nur geschlossen sind wir eine Macht und Schulter an Schulter müssen wir kämpfen, um vorwärtszukommen. Hiermit war Schluss der Versammlung.

Nordenham. Die Generalversammlung, die mit einem Jahresbericht des Vorsitzenden eröffnet wurde, fand am 11. Januar statt. In großen Zügen gab der Vorsitzende eine Uebersicht über die wichtigsten Ereignisse des letzten Jahres. Eine Erhöhung der Löhne sei nicht eingetreten. Der Neubau des Piers habe hinsichtlich der Arbeitsmöglichkeit nicht das gebracht, was erhofft wurde. Waren Anfang des Jahres ungefähr 20 % der Kameraden arbeitslos, so stieg diese Ziffer auf 90 % am Schluss des Jahres. Auch über die Werbearbeit berichtete der Vorsitzende. Er betonte, daß Kamerad Burmeister einen Vortrag gehalten habe, der sich hauptsächlich mit der Werbearbeit befaßte. Der Jugendleiter habe an den in Frage kommenden Konferenzen teilgenommen. In zwei Fällen mußte den Kameraden Rechtsschutz gewährt werden. Der Lokalkassenbestand ist befriedigend. Mit dem Wunsche, daß das neue Jahr ein besseres, der Versammlungsbesuch noch reger werden möge, schloß der Vorsitzende seinen Jahresbericht. Im Anschluß an die Ausführungen des Vorsitzenden gab der Kassierer den Jahresrassenbericht. Aus dem Bericht war zu ersehen, daß die Erwerbslosigkeit sich in recht ungünstigem Sinne auf die Verbandsfinanzen auswirkte.

Ober-Niederneufkirch. Die Hauptversammlung für unser weiterzweigtes Zahlstellengebiet fand am 15. Januar statt. Der Vorsitzende erstattete den Geschäftsbericht und betonte, daß das Jahr 1930 ein Krisenjahr schlimmster Art war. Trotz alledem haben die Kameraden treu zum Verband gehalten und sich als richtige Gewerkschafter gezeigt. Der Versammlungsbesuch war als gut zu bezeichnen. Der Kassierer erstattete Bericht über die Abrechnung vom

4. Quartal sowie über die Jahresabrechnung. Die Revisoren bestätigten deren Richtigkeit, und die Versammlung erteilte dem Kassierer einstimmig Entlastung. Die Neuwahl ergab Wiederwahl sämtlicher Vorstandsmitglieder. Der Vorsitzende dankte im Namen der übrigen Kameraden für das dem Vorstand entgegengebrachte Vertrauen. Nach Verlesen einiger Rundschreiben sowie Behandlung lokaler Angelegenheiten wurde die Versammlung geschlossen.

Oldenburg. (Jahresbericht.) Am 11. Januar fand unsere Generalversammlung statt. Zunächst gab der Kassierer den Rassenbericht. Aus demselben war zu ersehen, daß sich die Rassenführung in besten Händen befindet sowie die Lokalkasse in bester Ordnung war, dies wurde von den Revisoren bestätigt. Dann gab der Vorsitzende den Jahresbericht. Aus dem war zu entnehmen, daß die Arbeitsmarktlage im verfloffenen Jahre nicht günstig gewesen ist. Viele Kameraden konnten nicht die 26 Wochen, die zum Bezug der Arbeitslosenunterstützung nötig sind, erreichen. Agitationen außerhalb des Zahlstellengebietes haben nicht stattgefunden. Doch ist die vor einigen Jahren verlorengangene Zahlstelle Quadenbrück wieder ins Leben gerufen und wird vorläufig von hier aus verwaltet. Schlichtungssitzungen fanden zwei statt. Es fanden zehn Mitgliederversammlungen und ein Lichtbildervortrag statt, die durchschnittlich von 40 Kameraden besucht wurden. Anschließend wurden die Neuwahlen vorgenommen. Der gesamte Vorstand wurde wiedergewählt bis auf den 2. Vorsitzenden, der in der nächsten Versammlung gewählt werden soll. Der Vorsitzende appellierte an die anwesenden Kameraden, in diesem Jahre fester denn je zur Organisation zu halten und schloß hiermit die Versammlung.

Pafelwall u. Umg. Am 18. Januar fand unsere Generalversammlung statt. Kamerad Thiede erstattete den Rassenbericht. Er berichtete, daß das Jahr 1930 kassenmäßig sehr schlecht abgechnitten habe. Aber trotzdem war am Jahresabschluss ein Lokalkassenbestand von 186,91 M. zu verzeichnen. Der Vorsitzende schilderte in seinem Geschäftsbericht die schlechte Wirtschaftslage und betonte, daß es einigen Kameraden überhaupt nicht möglich war in Arbeit zu kommen. Ein Teil der Kameraden mußte versuchen auswärts zu arbeiten, um das Notwendige für den Lebensunterhalt zu erwerben. Eingehend behandelte der Vorsitzende auch die Arbeitsmarktlage im kommenden Jahr und sprach die Hoffnung aus, daß in Zukunft die Kameraden wieder mehr Arbeitsgelegenheit haben mögen. Bei der Vorstandswahl zeigte sich, daß die Kameraden mit der Tätigkeit des bisherigen Vorstandes zufrieden waren. Auf Vorschlag wurde der gesamte Vorstand einstimmig wiedergewählt. Nach Erstattung des Berichts über das Ortskartell und Erledigung interner Angelegenheiten fand die Versammlung ihren Abschluß.

Paffau. Am 18. Januar fand unsere Generalversammlung statt. Der Vorsitzende, Kamerad Wimmer, gab einen Rückblick auf das vergangene Geschäftsjahr. Durch die schlechten wirtschaftlichen Verhältnisse hatten wir eine sehr große Zahl an arbeitslosen Kameraden zu verzeichnen, gegenwärtig sind es 95 %. Beim Arbeitsgericht wurden zwei Fälle durchgeführt. Ein Fall ist noch nicht erledigt. Am Arbeitsgericht wurden 78,08 M. eskritten. Der Mitgliederbestand sei durch die Selbständigmachung von Pfarrkirchen etwas zurückgegangen. Zum Rassenbericht gab Kamerad Markl bekannt, daß die Einnahmen sowie die Ausgaben in dem Betrag von 9290,49 M. übereinstimmen. Die bisherigen Vorstandsmitglieder wurden wiedergewählt. Der Versammlungsverlauf war ruhig und sachlich.

Pößneck. Am 11. Januar fand unsere Generalversammlung statt. Der Vorsitzende, Kamerad Schilling, gab einen Rückblick auf das vergangene Geschäftsjahr. Durch die schlechten wirtschaftlichen Verhältnisse hatten wir eine große Zahl arbeitsloser Kameraden zu verzeichnen. Da von einem Unternehmer versucht wurde, die Akkordarbeit einzuführen, wurde dazu Stellung genommen und die Kameraden an ihre Pflicht erinnert. Jedoch versuchten die Unternehmer durch Verhandlungen, die am 11. September stattfanden, ihr Ziel zu erreichen. Die Verhandlungen sind gescheitert. In Versammlungen fanden statt: eine Generalversammlung, zehn Mitgliederversammlungen, zwei Vorstandssitzungen und eine Verhandlung mit den Unternehmern. In einer Versammlung referierte Gauleiter, Kamerad Rödel, in einer zweiten Versammlung Gauleiter Kamerad Hemmann. Das Referat fand Anklang, jedoch war der Versammlungsbesuch nur befriedigend. Der Vorsitzende forderte von jedem Kameraden, sich jetzt recht aktiv zu beteiligen, da unser Lohnabkommen sowie die politische Lage sehr gespannt ist. Die Arbeitslosigkeit beträgt 60 %. Aus der Jahresabrechnung ist zu entnehmen, daß die Lokalkasse mit 1445,60 M. balancierte. Die Lokalkasse hatte dieses Jahr leider erhebliche Ausgaben. Wegen der großen Arbeitslosigkeit wurde den Bedürftigsten, die völlig ausgesteuert waren, eine Weihnachtsbeihilfe von 2 bis 6 M. gewährt. Die Mitgliederzahl beträgt 190 einschließlich 21 Lehrlinge. Die bisherigen Vorstandsmitglieder wurden einstimmig wiedergewählt. Nach einem Beschluß finden unsere Versammlungen jeden Freitag nach dem Ersten im Vereinsgarten Volkshaus statt. Kamerad Frischke erinnerte nochmals an die grundsätzliche Haltung und Einbeit unseres Zentralverbandes. Ferner gab er bekannt, daß sich die Kameraden besser an die Anordnungen des Vorstandes halten sollen, um eine schnellere Geschäftsabwicklung zu ermöglichen. Zum Schluss wurde noch ein Hoch auf unsern Zentralverband ausgebracht.

Regenwalde. Unsere Generalversammlung, die am 15. Januar stattfand, war gut besucht. Zu der Versammlung war auch unser Gauleiter erschienen. Der Vorsitzende begrüßte die anwesenden Kameraden und gab die Tagesordnung bekannt. Die ersten Punkte waren in kurzer Zeit erledigt. Anschließend gab der Gauleiter einen breiten Vortrag. Bei der darauffolgenden Wahl wurde der bisherige Vorstand wiedergewählt. Der Kassierer gab hierauf den Jahres- und Rassenbericht, die zufriedenstellend waren. Dann wurden noch örtliche Angelegenheiten erledigt. Der Vorsitzende ermahnte die Kameraden fest zusammenzuhalten und schloß die Versammlung.

Reudenburg. (Jahresbericht.) Die am 17. Januar stattgefundene Generalversammlung erfreute sich eines sehr regen Besuches. Nach Bekanntmachung der Tagesordnung erstattete der erste Vorsitzende, Kamerad Sieck, den Jahresbericht. Durch die Wirtschaftskrise war unsere Zahlstelle stark in Mitleidenschaft gezogen. Etwa 40 bis 50 Kameraden waren im Verlauf des Berichtsjahres nicht in der Lage, Arbeit zu bekommen. Einigen Kameraden war es möglich, auswärts für kurze Zeit Arbeit zu finden. Auf Grund der schlechten Baukonjunktur war es mit den Baudelegierten schlecht bestellt. Die Bauarbeiterkommission brauchte nicht in Tätigkeit zu treten. Der Lohn blieb in der Zeit des Berichtsjahres stabil. Um die geschäftlichen Angelegenheiten zu regeln, fanden 10 Versammlungen und 4 Vorstandssitzungen statt. In einer Vorstandssitzung war Gauleiter Kamerad Steffen anwesend. In einer Mitgliederversammlung zeigte uns Kamerad Burmeister an Hand von Lichtbildern das Werden und Wirken unseres Verbandes. Die vom Vorstand betriebene Landagitation war von guten Erfolgen gekrönt, es wurden 29 Mitglieder neu aufgenommen. Die Hilfszahlstelle Kronsburg, die in der Inflationszeit verloren ging, wurde wieder neu ins Leben gerufen mit einer Mitgliederzahl von 9 Kameraden. Die Mitgliederzahl betrug am Schlusse des Jahres 202 Kameraden, davon 16 Lehrlinge. Klagesachen waren 4 Fälle zu vertreten; in 3 Fällen handelte es sich um Differenzen in Lehrlingsangelegenheiten, in einem Falle war eine Klage zu vertreten in Sachen eines zu Unrecht entlassenen Schwerkriegsbeschädigten. Alle Fälle sind zu unsern Gunsten ausgefallen. Der Kassierer gab den Kassenbericht bekannt, es war uns möglich, invaliden Kameraden eine Weihnachtsunterstützung zu gewähren. Im Punkt Wahlen stellte Kamerad Sieck als erster Vorsitzender seinen Posten zur Verfügung, an seine Stelle wurde Kamerad Schmidt gewählt, im übrigen wurde der Vorstand unverändert wiedergewählt. Dem scheidenden Vorsitzenden wurde von Seiten der Zahlstelle für seine fünfjährige Tätigkeit der Dank ausgesprochen. Der Vorsitzende dankte der Zahlstelle für das Vertrauen und ermahnte die Kameraden, unentwegt weiterzustreben, einzig zu bleiben, damit wir den kommenden Ereignissen mit festem Mut entgentreten können, in der freudigen Hoffnung, daß es uns im kommenden Jahre besser ergehen möge.

Solingen. (Jahresbericht.) Die Auswirkungen der Wirtschaftskrise machte sich in unserm Zahlstellengebiet besonders bemerkbar. Während im Jahre 1929 noch die Mehrzahl unserer Mitglieder 26 Wochen arbeiten konnten, um eine neue Anwartschaft zu erwerben, war dies in diesem Jahre nur einzelnen Mitgliedern möglich, so daß bei Jahresluß die meisten unserer Kameraden ausgeheuert waren und der Wohlfahrt zur Last fielen. Der Mitgliederbestand der Zahlstelle war ziemlich beständig und betrug bei Jahresluß 45. Zur Erledigung der laufenden Aufgaben waren eine General-, elf Monatsversammlungen, vier Vorstandssitzungen und drei Sitzungen in Barmen-Elberfeld nötig. Die Ausschüsse sowie Kamerad Schumann vom Hauptvorstand teilnahmen, befaßten sich hauptsächlich mit der Verschmelzungsfrage und Anstellung eines Freigestellten im Bergischen Bezirk, umfassend die Zahlstellen Barmen-Elberfeld, Solingen, Velbert und Remscheid. Da eine diesbezügliche Einigung nicht erzielt wurde, wurde dem vorläufigen Freigestellten, Kameraden Müller, Barmen, zum Jahresluß gekündigt. An Kontrollen der Bauarbeiterkommission beteiligte sich unsere Zahlstelle dreimal. Hierbei wurden insgesamt 140 Baustellen kontrolliert, wobei es sich herausstellte, daß verschiedene kleine Unternehmer sich noch schlecht den neuen Verfügungen der Unfallverhütungsvorschriften anpassen können, so daß dieselben erst durch Strafmandate an ihre Pflicht erinnert werden mußten. Diesem Punkt muß auch in Zukunft die größte Aufmerksamkeit gewidmet werden, da seitens der Unternehmer auf diesem Gebiete noch viel gesündigt und mit dem Leben unserer Kameraden Schindluder getrieben wird. Um einem Jungkameraden gerecht zu werden, mußte dessen Lehrherr, der es versuchte, nach anderthalbjähriger Lehrzeit den Kontrakt zu lösen, beim Arbeitsgericht verklagt werden. Diese Klage wurde denn auch zur Zufriedenheit unseres Jungkameraden entschieden und ihm Entschädigung sowie Wiedereinstellung zuerkannt. Hierbei zeigte es sich wieder trefflichst, wie unser Verband die Jungkameraden und ältere gegen Unternehmervillkür schützt. In der am 1. Januar stattgefundenen Generalversammlung referierte der von der Gauleitung beauftragte Kamerad Schröder über Tarifpolitik. In dem fast einstündigen Referat wurde den Kameraden dieses Thema klar erläutert. In der nun folgenden Diskussion versuchten verschiedene Kameraden, die Ausführungen zu entstellen. Im Schlußwort belehrte sie der Referent eines Besseren. In der nun folgenden Vorstandswahl wurde dem Gesamtvorstand das Vertrauen ausgesprochen und derselbe wiedergewählt. Ein Kamerad, der sich anbot, unter Tarif zu arbeiten, mußte vom Vorsitzenden auf sein verbandsschädigendes Wirken aufmerksam gemacht und ernstlich verwarnet werden. Nach einem Schlußwort, sämtliche Kameraden und Funktionäre ermahnend, restlos ihre Pflicht zu erfüllen, um die kommenden Kämpfe bestehen zu können, wurde die Generalversammlung vom Vorsitzenden, Kameraden Weber, geschlossen.

Uelsen. Unsere Generalversammlung hat am Montag, 12. Januar, stattgefunden. Der Vorsitzende gab den Jahresbericht und einen Rückblick über das vergangene Jahr. Es war kein gutes Arbeitsjahr; denn sehr viele unserer Kameraden haben nur einige Wochen Lohn und Verdienst gehabt. Das kommende Jahr wird für uns ein Kampfsjahr werden und wir hoffen, daß unsere Kameraden alle auf dem Posten sind. Darauf hielt Kamerad Naserke, Hannover, ein ausführliches Referat über Verbandsangelegenheiten und Agitation. Der Vortrag fand Anerkennung und Beifall. Darauf gab der Kassierer den Kassenbericht. Die Kasse war in bester Ordnung. Auf Antrag wurde dem Kassierer Entlastung erteilt. Zu Punkt Vorstandswahl wurde der alte Vorstand wieder-

Ulm. (Jahresbericht.) Am 18. Januar fand unsere Generalversammlung statt. Im Jahresbericht wurde bekanntgegeben, daß das Jahr 1930 ein Jahr der Arbeitslosigkeit für viele Mitglieder gewesen ist. Bei Tarifabschluß im März blieben die alten Löhne bestehen in Höhe von 1,20 M pro Stunde. Was die Werbearbeit betrifft, wurden Platz- und Bezirksversammlungen abgehalten und die Agitation von Mund zu Mund weiterbetrieben. Die Bezirke Ehingen, Laupheim, Illertissen wurden des öfteren mit Versammlungen und Vorträgen bedacht, so daß deren Mitgliederbestand auf der Höhe blieb; jedoch ist der Bezirk Illertissen aufgelöst, da die Baustelle ihrem Ende entgegengeht. Beanstandet wurde, daß viele Kameraden sich nie abmelden. Die Arbeiten der Zahlstelle wurden in 12 Ausschüssen, 13 Versammlungen, 2 Sitzungen mit dem Gauleiter und 3 Referaten, 2 Delegierten-Sitzungen, Sitzungen im Ortskartell und der Arbeiter-Wohlfahrt erledigt. Bücherkontrolle wurde zweimal durchgeführt. Der Versammlungsbesuch dürfte besser gewesen sein, was auf die schlechte wirtschaftliche Lage zurückzuführen ist. Ausschuß und Vorstand waren ständig in Fühlung mit Delegierten und Hilfskassierern, so daß der Apparat im Laufe des Jahres intakt war. Die Lehrlingsabteilung wurde scharf behandelt und darauf hingewiesen, daß ein jeder dafür einstehen soll, sämtliche Lehrlinge der Abteilung zuzuführen. Ein Schreiben des Württembergischen Zimmermeister-Verbandes, betreffend Lehrlingshaltung und Tarifabschluß, das durch günstigen Wind ins Büro des Gauleiters kam, wurde mit Erlaunen zur Kenntnis genommen und der Gauleiter aufgefordert, einen Aufruf zu erlassen, weil unser Gewerbe immer mehr durch Beton, Eisen und Steine in den Hintergrund gedrängt wird und der Lehrling, wenn er ausgelernt hat, erwerbslos wird. Die Arbeitsgerichte Ulm und Neu-Ulm wurden zweimal in Anspruch genommen sowie die Spruchauschüsse der Arbeitsämter. Ein weiterer Fall in einer Unfallsache wurde zu Gunsten des Mitglieds erledigt. Scharf kritisiert wurde das Verhalten hiesiger Geschäftsleute, weil sie bei Vergebung von Bauarbeiten auswärtige Unternehmer mit ihren Arbeitern heranziehen und unsere Kameraden dadurch noch mehr erwerbslos werden. Der Vorsitzende rügte den schwachen Besuch der Veranstaltungen des Kultur- und Sportkartells sowie des Sängerkartells. Eine Aufforderung, dem Reichsbanner sich anzuschließen, wurde erlassen. Erwähnt wurde noch, daß zu Weihnachten 59 Kameraden eine Weihnachtsunterstützung erhielten, zentral 504,90 M und lokal 227 Mark. Anschließend wurde der Kassenbericht bekanntgegeben, der sich durch die große Arbeitslosigkeit nicht mehr so stabil zeigte wie in sonstigen Jahren. Der Mitgliederbestand ist so ziemlich auf der alten Höhe geblieben. Ein Vortrag vom Gauleiter, Kameraden Remdt, über „Arbeitsgerichtsgesetz, Rechtsprechung und Arbeitsrecht“ fand allgemeine Aufmerksamkeit. Unter Neuwahlen wurde bekanntgegeben, daß der alte Ausschuß das Vertrauen der Versammlung wieder genießt und dieselben Kameraden über die schwere Zeit hinweg weiter fungieren werden. Zum Schluß wurde noch auf die Rückzahlung der Steuern, auf Statistiken und die Zimmerer-Krankenkasse hingewiesen. Nach einem kräftigen Schlußwort wurde ein Hoch auf den Verband ausgebracht und die in allen Teilen von Sachlichkeit und Kameradschaftlichkeit getragene Versammlung geschlossen.

Wernigerode am Harz. Am 10. Januar tagte im Gewerkschaftshaus unsere gut besuchte Monatsversammlung. Die Kameraden nebst ihren Frauen waren sehr zahlreich erschienen. Der Vorsitzende teilte der Versammlung mit, daß in letzter Zeit die Kameraden verschiedener Meinung über die berufliche Arbeitslosigkeit und Krisenunterstützung waren, und versuchte alle strittigen Fragen eingehend zu klären. Der Kassierer gab die Abrechnung vom 4. Quartal. Da sich die Kasse in bester Ordnung befindet, wurde auf Antrag der Revisoren dem Kassierer Entlastung erteilt. Zu Punkt 3 gab der Vorstand den Jahresbericht. Auf Grund einer geführten Statistik waren unsere Versammlungen durchschnittlich von 63 % der Kameraden besucht. Die ungeheure Wirtschaftskrise sei auch in Wernigerode besonders sichtbar zutage getreten. Es hatten im laufenden Berichtsjahr 11 Zahlstellen- und 3 Bezirksversammlungen stattgefunden. Des weiteren 4 Bildungskurse, die von der Gauleitung geführt waren. Anschließend hielt Gauleiter, Kamerad Schmidt, zwei Lichtbildervorträge: 1. Werden und Wirken des Verbandes; 2. Unsere Jugendbewegung. Kamerad Schmidt appellierte an alle Kameraden, treu zu der Organisation zu halten und allen Anschlägen des Unternehmertums entgegenzutreten. Der mit Aufmerksamkeit verfolgte Vortrag wurde mit reichem Beifall aufgenommen. Hierauf Schluß der gut besuchten Versammlung.

Wirtschaftspolitische

Am Wendepunkt der Konjunktur?

In Köln wurde eine Zweigstelle der deutsch-amerikanischen Handelskammer eröffnet. Der amerikanische Botschafter Frederic M. Sacket ging in seiner Rede auch auf die wirtschaftlichen Verhältnisse der Industrieländer ein. Er erklärte, daß zu Anfang des neuen Jahres bemerkenswerte Anzeichen dafür vorhanden seien, daß der tiefste Stand der Wirtschaftskrise erreicht ist. Die wirtschaftliche Genesung ist schmerzhaft und langsam, aber sie folgt im allgemeinen den Bahnen ähnlicher in der Vergangenheit durchgemachter Depressionen. Die Genesung wird, obwohl stetig, doch langsam kommen. Sacket ist der Ansicht, daß der mit so vielen Schwierigkeiten gelegte Grund stark und reich genug sein wird, um darauf eine gesunde und haltbare Wirtschaft aufzubauen. In einer weltumfassenden Depression kann die daraus entstehende Genesung nicht örtlich bleiben. Sie wird sich in allen andern Staaten fühlbar machen. Die Zeit ist da, so erklärte der amerikanische Botschafter, daß vernünftige Männer in der ganzen Welt einsehen, daß Friede in der Welt die unumföhlige Notwendigkeit für das Blühen und Gedeihen aller bedeutet. Hoffentlich hat Herr Sacket mit seiner Prophezeiung, der Tiefstand der Krise sei erreicht, recht.

Arbeiterberichterstattung und Gesundheitspflege

Neuordnung der Statistik der wertschaffenden Arbeitslosenfürsorge

Durch den Präsidenten der Reichsanstalt ist unter dem 23. Dezember 1930 an die Arbeitsämter und Landesarbeitsämter mit Wirkung vom 1. Januar 1931 die Anordnung ergangen, eine Neuordnung der Statistik der wertschaffenden Arbeitslosenfürsorge vorzunehmen. Die bisherigen und verschiedenartig von den Arbeitsämtern ausgeführten Meldungen konnten nicht als ein klares und einheitliches Bild über die Zahl der Notstandsarbeiter und über die Entwicklung der wertschaffenden Arbeitslosenfürsorge angesehen werden. Jetzt soll die neue Reform einleiten und eine grundsätzliche Abtrennung von den Nachweisungen für das Kassen- und Rechnungswesen der wertschaffenden Arbeitslosenfürsorge erfolgen. Die zuständigen Arbeitsämter müssen jetzt allmonatlich den Stand und die Bewegung der Zahl der Notstandsarbeiter aus der Arbeitslosenversicherung und Krisenfürsorge sowie die aus der öffentlichen Fürsorge meldend, ferner die Notstandsarbeiter dieser vorerwähnten drei Unterstüzungseinrichtungen in den Gemeinden mit 1000 und mehr Einwohnern. Und gleichzeitig ist die Dauer der gesamten Beschäftigung der Notstandsarbeiter bei den Notstandsarbeiten aus der Arbeitslosenversicherung und Krisenfürsorge anzugeben. Des weiteren ist vorgesehen, daß die Arbeitsämter getrennt zahlenmäßig die Hauptunterstützungsempfänger aus der Arbeitslosenversicherung und Krisenfürsorge sowie die Zahlen über die Vermittlung der Notstandsarbeiter und ferner auch über die Verweigerung beziehungsweise Niederlegung der Notstandsarbeit anzuführen respektive zu melden haben. Gleichzeitig wird in dieser statistischen Neuordnung auch die Angabe über die Anwendung der Verhängung der Unterstützungsperrfristen verlangt, so daß die Arbeitsämter von den Landesarbeitsämtern und der Reichsanstalt in dieser Hinsicht einer schärferen Kontrolle als bisher unterstellt worden sind.

Die organisierte Arbeiterschaft kann meines Erachtens insofern diese Neuordnung der Statistik der wertschaffenden Arbeitslosenversicherung nur begrüßen, wenn hieraus die Reichsanstalt tatsächlich auch die Schlussfolgerung zieht, daß infolge der großen Arbeitslosenzahl mehr finanzielle Mittel für Notstandsarbeiten in Zukunft zur Verfügung gestellt werden müssen. Bei ordnungsgemäßer Entlohnung und Behandlung wird auch bei den Notstandsarbeiten ein Bericht über Verweigerung oder Niederlegung und die Einwendung eventueller Unterstützungsperrfristen sich von selbst erübrigen. Hierfür werden schon die ehrenamtlich tätigen Verwaltungsausschussmitglieder als Arbeitnehmervertreter in den einzelnen Arbeitsämtern und die organisierten Arbeiter Sorge tragen. Bekanntlich haben diese ehrenamtlich tätigen Verwaltungsausschussmitglieder ein Urteil über die wertschaffende Arbeitslosenfürsorge in den einzelnen Arbeitsamtsbezirken auch mit zu fällen. Ebenso dürften auch schon die Verwaltungsämter in den einzelnen Arbeitsämtern infolge Vorhandenseins von Fachabteilungen durch ihre Fachvermittler den richtigen Mann an die richtige Stelle als Notstandsarbeiter stellen. Geschieht dies einmal nicht, so haben die Arbeitnehmervertreter in den Arbeitsamtsverwaltungsausschüssen als Verwaltungsausschussmitglieder für Gerechtigkeit und Ordnung Sorge zu tragen.

Verjagen des Krankengeldes.

Die Notverordnung vom Juli 1930 hat bekanntlich eine Verschlechterung in der Krankenversicherung auch dergestalt gebracht, daß das Krankengeld verjagt wird, wenn die Arbeitsunfähigkeit der Krankenkasse nicht rechtzeitig gemeldet wird. Die in Frage kommende Bestimmung lautet: „Der Anspruch auf Krankengeld ruht, solange die Arbeitsunfähigkeit der Kasse nicht gemeldet wird; dies gilt nicht, wenn die Meldung innerhalb einer Woche nach Beginn der Arbeitsunfähigkeit erfolgt.“ Die Dinge liegen demnach so, daß die Arbeitsunfähigkeit sofort zu melden ist, spätestens hat die Meldung innerhalb acht Tagen nach Beginn der Arbeitsunfähigkeit zu erfolgen. Geschieht dies nicht, und geht die Meldung erst später ein, so wird erst vom dem Tage an Krankengeld gezahlt, an dem die vorchriftsmäßige Meldung bei der Kasse eingeht. Zu beachten ist dabei, daß diese Zeit, während der also kein Krankengeld gewährt wird, trotzdem mit auf die Leistungspflicht und Leistungsdauer der Krankenkasse mit angerechnet wird. Gewährt beispielsweise eine Kasse für 26 Wochen Krankengeld und meldet der Erkrankte aus irgendeinem Grunde seine Arbeitsunfähigkeit erst nach Ablauf der 6. Woche nach Beginn der Arbeitsunfähigkeit, so erhält er eben insgesamt nur für 20 Wochen Krankengeld. Ist diese neue Bestimmung an und für sich schon schwerwiegend und nachteilig für die Versicherten, so scheint die Auslegung und Anwendung derselben in der Praxis noch weniger vom sozialen Geist getragen zu sein. Jedenfalls läßt das Vorgehen mancher Krankenkassen darauf schließen. So hat kürzlich (20. November 1930) ein Versicherungsamt entschieden: „Hat eine Krankenkasse die Annahme eines Briefes verweigert, weil der Versicherte ihn nicht ordentlich frankiert hatte, und ist dadurch die Arbeitsunfähigkeit nicht innerhalb einer Woche bei der Kasse gemeldet worden, so ruht der Anspruch auf Krankengeld nach § 216 der Reichsversicherungsordnung bis zum Tage, an dem die Meldung bei der Kasse tatsächlich erstattet wurde.“ Weil der Versicherte, der seiner Meinung nach die Arbeitsunfähigkeit richtig gemeldet hatte, auf den Brief für drei oder fünf Pfennig zu wenig Marken geklebt hatte, wird ihm das Krankengeld tagelang (vielleicht sogar für Wochen) verjagt. Kann man da noch von „Sozialversicherung“ sprechen? In Verfolg dieser Entscheidung kann man die Folgerung ziehen, daß die Verjagung des Krankengeldes auch dann eintritt, wenn der Versicherte durch einen ordnungsmäßig fran-

kerten Brief die Krankmeldung der Kasse einreicht und dieser Brief aus irgendeinem Grunde die Kasse nicht erreicht.

Es wird also noch so weit kommen, daß die Versicherten ihre Krankmeldung durch eingeschriebenen Brief einreichen müssen.

Arbeitsrechtliches

Prozeßhindernde Einreden.

Aus einer Reihe von gesetzlichen Bestimmungen ergibt sich, daß prozeßhindernde Einreden schon vor der Verhandlung zur Hauptsache anzubringen sind.

Nach dem Sinn und Zweck der Regelung im Arbeitsgerichtsgesetz muß angenommen werden, daß auch die Einrede des Gütevertrages vor der Verhandlung zur Hauptsache anzubringen ist.

Die Entscheidung stützt sich auf § 101 Absatz 2 Satz 1 A.G.B., § 504 Absatz 1 Z.P.D. in Verbindung mit § 274 Absatz 2 Z.P.D.

Nach § 11 des Tarifvertrags sind Schlichtungskommissionen als Gütestellen nach § 101 A.G.B. zuständig. Der Beklagte hat sich auf diese Bestimmung erst berufen, nachdem vor dem Arbeitsgericht schon zur Hauptsache verhandelt und vom Gericht Beweiserhebung beschlossen worden war.

Die Ansicht des Berufungsgerichts, die Einrede des Gütevertrags könne vor dem Arbeitsgericht noch in jeder Lage des Verfahrens vorgebracht werden, wird von der Revision mit Recht als irrig gerügt.

das gerichtliche Verfahren völlig auszuschließen, aber doch nach Möglichkeit es durch eine vorherige gütliche Regelung unter Mitwirkung einer besonderen Vertrauensstelle überflüssig zu machen.

Politische Wochenchau

Aus dem Reichstag — Inflationsanträge im Haushaltsausschuß abgelehnt — Das Volksbegehren des Stahlhelms — Nazis beantragen Auflösung des sächsischen Landtags — Diätenschlucker Sprenger am Pranger

Den ruhigen Tagen der ersten Reichstagstagung in diesem Jahre folgten große politische Auseinandersetzungen. Nach Erledigung der kleineren Vorlagen wurde zur Beratung des Haushalts für 1931 übergegangen.

Im Haushaltsausschuß des Reichstages beantragten die Nationalsozialisten, daß der Staat Darlehenskaffenscheine in den Verkehr bringen sollte.

Im sächsischen Landtag beantragten die Nationalsozialisten Auflösung des Landtages. Durch den Sprecher dieser Partei wurde betont, daß die jetzige Zusammensetzung des Landtages nicht mehr dem Willen des sächsischen Volkes entspricht.

Der Stahlhelm hat in einem Schreiben vom 1. Februar an den Preussischen Minister des Innern beantragt, die Listenauslegung für das folgende Volksbegehren zuzulassen.

zugestimmt hätten. Nach der preussischen Verfassung ist das Verfahren über ein Volksbegehren nicht so einfach wie im Reich.

Der bewegteste Tag der Reichstagssitzung schloß ab mit einer in Dummheit und Selbstentlarvung erschütternden persönlichen Bemerkung des vielfachen Diätenschluckers Sprenger von den Nationalsozialisten, worüber wir im „Zimmerer“ Nr. 6 schon berichteten.

Briefkasten der Redaktion

Pinneberg. Regersteuer. Gemäß § 22 des Einkommensteuergesetzes wird das Einkommen des männlichen Ehegatten, auch wenn der weibliche Ehegatte kein eigenes Einkommen hat, als gemeinschaftliches Einkommen angesehen.

Die Ehefrauen haben allerdings nach § 5 der Verordnung vom 26. Juli 1930 nur die Hälfte der Bürgersteuer zu zahlen, die der männliche Ehegatte zu entrichten hat.

Herbsleben (Gotha). Die Aussichten auf erfolgreiche Durchführung des Rentemiedernahmeverfahrens sind sehr gering. Der Anspruch ist beim Versicherungsamt oder direkt bei der Berufsgenossenschaft anzumelden.

Anzeigen

Sterbetafel.

- Berlin. Am 29. Januar starb unser Kamerad Gustav Hermann Günther im Alter von 70 Jahren an Gehirnschlag.
Braunschweig. Am 6. Januar starb unser Kamerad Hermann Schrader im Alter von 62 Jahren an Herzschlag.
Breslau. Am 4. Februar starb unser Kamerad Fritz Seifert im Alter von 53 Jahren an Lungenkrankheit.
Effen. Am 31. Januar starb unser Kamerad Hermann Mäuser im Alter von 54 Jahren infolge Magenoperation.
Frankfurt am Main. Am 17. Januar starb unser Kamerad Heinrich Korn im Alter von 62 Jahren an Magenkrebs.
Gnoien. Am 28. Januar starb unser Kamerad Wilhelm Müller im Alter von 58 Jahren an Magentuberkulose.
Hamburg. Am 30. Januar starb unser Kamerad Adolf Buck im Alter von 60 Jahren an Darmkrebs.
Hannover. Am 29. Januar starb unser Kamerad Friedrich Papenmeyer im Alter von 76 Jahren infolge Herzschlag.
Hornburg, Kreis Halberstadt. Am 1. Februar starb unser Kamerad Heinrich Engelmann im Alter von 70 Jahren an Lungenentzündung.
Königsberg i. Pr. Am 4. Februar starb unser Kamerad Hermann Gandeck im Alter von 44 Jahren infolge Darmleiden.
Leipzig. Am 31. Januar starb unser Kamerad Albert Reifahrt im Alter von 76 Jahren an Altersschwäche.
Mühlhausen. Am 2. Februar starb unser Kamerad Gustav Müller im Alter von 49 Jahren an Herzschlag.
Stralsund. Am 25. Januar starb unser Kamerad Hellmuth Zaffke im Alter von 56 Jahren infolge Unfall.
Suhl. Am 25. Januar starb unser Kamerad Willy Schlott im Alter von 23 Jahren.

Ehre ihrem Andenken!

Zahlstelle Blankenburg am Harz

An durchreisende Kollegen kann ein Lokalgesehen nicht mehr gewährt werden. [3 M] Der Vorstand.